

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. Juli 1918

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Lobesanzeigen 20 Pf. die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 75

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Kriegs-:** Brennende Notwendigkeiten. — Die Kriegengewährung im Buchdruckgewerbe. — Aus Prinzipalversammlungen. — Kreisbesprechung der Faktoren. — Marginalien zum Druckpreisetat. — Ernährungsfragen der Buchdrucker.

**Ernährungswirtschaft:** Die öffentliche Bewirtschaftung im Kreuzfeuer von Erzeuger und Verbraucher.

**Korrespondenzen:** Bamberg. — Bausen. — Berlin (M.M.). — Berlin (M.S.). — Bielefeld (M.S.). — Dulsburg. — Freiberg. — Hof. — Jülich. — Krefeld. — Landsberg. — Leipzig (M.M.). — Meife. — Neustadt a. d. Sbi. — Oldenburg. — Plauen. — Posen. — Stendal. — Weidheim.

**Handeln:** Veränderungen im Einzelteile des „Storr“. — Nachschubwert Beispiele. — Ferien! — Gehilfenprüfungen. — Bessere Auffindbarkeit unierer Kriegesfrauen und Kriegeserwachsen. — Die Papierkonkurrenz für das dritte Quartal 1918. — Forderungen der Buchbinder. — Eine Kriegszulage von 100 Proz. — Großbankenabschlüsse und Angestelltenkriegszulage. — Hauptversammlung des Deutschen Buchgewerbevereins. — Buchhändlermesse für Süddeutschland. — Die Presse in der Wahrnehmung des öffentlichen Interesses. — Vom Verbands Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

## □ □ Brennende Notwendigkeiten □ □

Am 2. Juli trifft der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker zusammen. Insofern geht ein dringendes Verlangen, das unsre außerordentliche Generalversammlung in Würzburg in vollster Einmütigkeit an die Verbandsleitung, die Gehilfenvertreter und an das Tarifamt gerichtet hat, in Erfüllung. Vom April 1913 bis zum Oktober 1917 waren es vierzehnhalb Jahre, daß unser Gewerkeparlament nicht tagte, von da bis jetzt nur acht Monate. Diese stark kontrastierenden Zeitabstände sind der offenkundigste Beweis, wie im Strudel und Wirbel der durch den langen, ach nur allzu langen Krieg heraufbeschworbenen Zustände nichts Bestand hat, wie kurzlebige alle Maßnahmen sind, und wie schwach die Hoffnung ist, der voraussichtlichen Entwicklung auch nur einigermaßen mit vorbeugenden Anordnungen beizukommen.

Wir, und die Prinzipale wohl in ihrer großen Mehrheit eingeschlossen, haben das mit erschreckender Deutlichkeit an den Steuerungsulagen erfahren, die Ende Oktober v. J. zum viersten Male festgesetzt worden sind. Das damals Erreichte konnte zunächst befriedigen, aber gar zu bald verschlang die Hochflut der Preisentwicklung wieder alles, so daß sich unsre Lebenshaltung in dem Maße rückläufig bewegte, wie nicht nur die Lebensmittelpreise, sondern alle Ausgaben für den Unterhalt rasch und immer schneller im Vorprunge begriffen waren und weiter sind. Es ist ein förmliches Rasen, bei dem den vielen, die nicht an den Usfern der die Kriegsindustrie durchflutenden Geldströme stehen, Hören und Sehen vergeht. Die aber mit Entsetzen wahrnehmen, wie diese heillose Wirtschaft ihnen, ihren Angehörigen und ihren Nebenmenschen das Mark aus den Knochen laugt, wie sie täglich mehr körperlich zerfallen und teilschlich zugrunde gehen. Verhängt wird dieser gründliche Prozeß des Zusammenbruchs noch durch die fast in jeder Familie eingezogene Trauer um gefallene, verstümmelte oder geistig verkrüppelte Angehörige, wie sie der schreckliche Krieg Tag für Tag in Massen zurückwirft.

Es brennt deshalb jeder, dem noch ein menschlich fühlendes Herz in seiner Brust schlägt, auf ein schnelles Kriegsende. Das Volk weiß wohl, daß Deutschland nicht allein den Frieden durch rückhaltlosen Verständigungswillen erzwingen kann. Es sieht, wie gerade im Augenblick wieder in England und in Frankreich selbst Arbeiter tagungen wenig Neigung dazu bezeigen. Aber was in vergangener Woche die Kühnmanns-Affäre von neuem aufgerollt hat, das

hat in der Masse des deutschen Volkes heftigen Unwillen erzeugt und wird noch zu manchem schrillen Echo führen. Die Westary, Roons und andre Kriegsverlängerer müssen doch erfahren, daß zwischen ihren Interessen und dem Willen und Wollen des Volkes ein Abgrund klafft.

Seben wir die brennende Notwendigkeit eines baldigen Friedens also jetzt immer noch nicht verheißender Erfüllung entgegengeführt, so ergibt sich daraus die andre, da wir uns nicht über die traurige Lage der Un- und Minderbemittelten mit vagen Versprechungen trösten lassen können und wollen: diesem Elend mit Aufbietung aller Kräfte zu steuern! In dem Maße, wie unsre Ernährungspolitik immer schwerer verlagen, wie wir mit Jörn und Ingrimm wahrnehmen müssen, daß trotz des Verliegens der notwendigsten Nahrungsmittel der die ganze Erbärmlichkeit in Erzeugerkreisen bloßlegende Schleichhandel denen, die es haben, noch genug zu einer annehmbaren Lebenshaltung gewährt, muß auch von den nur Eigeninteresse kennenden Agrariern die Parole und Methode „Schreien wir!“ übernommen werden und bei jeder Gelegenheit und Stelle zur Anwendung kommen unter rücksichtsloser praktischer Ausnutzung. Kann der Staat uns nicht helfen, obwohl er andern so gut zu helfen vermag — Kriegsindustrie, Landwirtschaft —, so gebietet die Rücksicht auf die Lebenserhaltung auch goldene Rücksichtslosigkeit.

Treten wir also unsern Prinzipalen schärfer denn jemals gegenüber, so sind sie fast ausschließlich nur der Sache, auf den geschlagen wird. Man hat sich im vergangenen Jahre verkehrt gefühlt, als gesagt wurde, das richtige Verständnis für die Lage der Gehilfen wäre oft nicht vorhanden. Gut, möge diesmal der Verständigungswille, der von den Vertretern der Gehilfenschaft trotz alledem mitgebracht wird zu den Berliner Beratungen, von vornherein eine für die Gehilfen zu akzeptierende Verständigungsbasis erkennen lassen!

Wir sind Übertreibungen und hohlem Pathos abhold, aber was über unsre materiellen Verhältnisse zu sagen ist, das muß schon in nacktester Darstellung aufreißend wirken. Wenn das Statistische Amt in Frankfurt a. M. berechnet hat, daß eine sechsköpfige mittlere Bürgerfamilie nur für die notwendigste Ernährung täglich 11,21 Mk. verausgaben muß, so ist das eine Steigerung von 149 Proz. allein für Nahrungsmittel. Diese machen nach allgemeiner Übung die Hälfte der Kosten des ganzen Haushalts aus, also hätte eine Familie mit vier Kindern gegenwärtig eine Wocheneinnahme von rund 157 Mk. nach amtlicher Feststellung notwendig für die Lebensführung! Wer hat unter den Buchdruckergehilfen einen solchen Lohn? Verdienste in dieser Höhe werden anderweitig ja erzielt, aber es ist bezeichnend, daß in voriger Woche auf der Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter ganz entschieden die im allgemeinen Gerede befindlichen hohen Löhne bestritten wurden und dafür die laufende Statistik des Verbandes Berliner Metallindustrieller über die Munitionsarbeiter beweiskräftig gemacht. Die „Königliche Zeitung“, die es gewiß mehr mit den Groshunternehmern hält, hat kürzlich ganz freimütig erklärt, daß die tatsächlichen Lohnerhöhungen „bei weitem nicht der in derselben Zeit sich geltend machenden Erhöhung der Preise für die alltägliche Lebensführung“ entsprechen.

Wiederholungen aus den in den letzten Wochen erschienenen vier Artikeln „Teuerung und Einkommen“ sowie „Die Not der Zeit“ wollen wir vermeiden, auch nicht neuerdings noch gewonnenes Material über die in unheimlichem Tempo anschwellende Teuerung vorbringen. Nur mit Zahlen aus der Lohnstatistik im Geschäftsberichte des Tarifamts sei dargelegt, was wir Buchdrucker der unverschämten Preisgestaltung in fast allem entgegenzustellen haben. Das tarifliche Minimum hat sich mit der vierten Teuerungszulage im Mindestmaß um 39,7 Proz., im Höchstmaß um 75,2 Proz. erhöht, bei den Maschinensehern sind die Eckzahlen 21,2 und 49,9 Proz. In Durchschnittsberechnung aller Lokalzuschlagsätze steigerte sich das Minimum für Verheiratete in Lohnklasse A um 60,9, in B um 58,5, in C um 55,5 Proz.; für Ledige in Lohnklasse A um 55,0, in B um 48,1, in C um 45,6 Proz. Das läßt zu einem Gesamtdurchschnitt von 53,1 Proz. Lohnsteigerung kommen. Bei den Maschinensehern für Verheiratete in Lohnklasse A um 40,0, in B um 38,2, in C um 34,8 Proz.; für Ledige in Lohnklasse A um 29,6, in B um 28,3, in C um 26,1 Proz. Also ein Gesamtdurchschnitt bei den Maschinensehern von 32,8 Proz. Will man zu einem allgemeinen Durchschnitt gelangen, so haben die Buchdrucker ganze 43 Proz. als Erhöhung des tariflichen Minimums aufzuweisen!

Zwei Momente heischen Beachtung bei diesen Durchschnittsberechnungen: Die Löhne sind vielfach auch sonst erhöht worden. Andererseits kommt jeft Bezahlung zum Minimum weniger vor, hierbei ist jedoch die Erhöhung der Teuerungszulagen noch am größten. Durch ihre abfallende Tendenz in den übrigen fünf Lohnstufen verändert sich also ihr Effekt, so daß die angegebenen Durchschnitte wohl als das wirkliche Bild angesehen werden können.

Wer von den Prinzipalen will angelehnt der aus der Tarifamtsstatistik weiter zu entnehmenden absoluten Zahlen: nämlich Mindestlohn ohne Lokalzuschlag 37 Mk. und 61,46 Mk. mit dem Berliner als den zwei entgegengesetzten Polen, behaupten, daß Buchdruckergehilfen damit auch nur das nackte Leben zu fristen vermögen? Wer will der brennenden Notwendigkeit einer ganz bedeutenden Erhöhung der Teuerungszulagen etwas entgegenstellen? Wer könnte es von den Prinzipalvertretern verantworten, durch ungenügende Bewilligungen eine Katastrophe über unsre Gewerbe jeft herbeizuführen? Weil diese so ungöttliche Weltordnung zwingt, für die Sünden anderer unsre Arbeitgeber herzunehmen, so müssen wir ihnen eben entgegenkreischen: Es heißt unsern und der Unrigen Hunger stillen!

Eine durchgreifende Revision der Teuerungszulagen ist also jeft das erste und deren schnellste Einführung das nächste. Aber nicht mit soundso viel Monatsfrist nach Friedensschluß mit England als Begrenzung, was sich bei den Buchbindern und andern als unhaltbar erwiesen hat, sondern bis der vulkanische Druck von unten endlich Änderung und Besserung bringt; bei uns wie bei den kriegsverraunten Menschen in den andern Ländern. Auch das möge schnell eintreffen, sonst geht der traurige Scherrei des Notschreies weiter.

Aber alle andern Notwendigkeiten, die in Bezug zu bringen sind mit der Tagung des Tarifausschusses hat unsre Generalversammlung klar und haben wir nach Würzburg wohl noch deutlicher gesprochen.

## Die Fertengewährung im Buch- druckgewerbe

Wie bei dieser grauenvollen Welterschütterung nicht zum ersten Male zu beobachten, geht es von einem Kontrast zum andern. Im in unserer engeren Welt zu diesen: erst riesenhafte Arbeitslosigkeit, später vollständiges Verschwinden derselben und darüber hinaus grobe Personalmot; zunächst zahlreiche materielle Verschlechterungen, häufig unter Verletzung der tariflichen Vorschriften, später viermalige Lohnerhöhungen, welche jedoch bei weitem nicht mit der Entwicklung der Feuerungsverhältnisse Schritt gehalten haben; ferner in den ersten Kriegsjahren fast vollständige Aufhebung oder Stilllegung des Sommerurlaubs, seit dem vergangenen Jahr aber Wiedereröffnung in noch abgeminderter Weise, in diesem oder jenem Druckort wohl auch förmlich verabredeten Widerstand findend, im laufenden jedoch weitere Zunahme der Fertengewährungen.

Da es also keine Unmöglichkeit gibt, so schreiten wir den Weg der Logik weiter und sagen: Es muß jetzt viel umfassender vorwärtsgehen mit den Fertengewährungen! Der augenblickliche Stand ist, daß in der ersten Hälfte dieses Jahres 68 Neubewilligungen bzw. Erweiterungen usw. gemeldet worden sind. 1917 waren es im ganzen Jahre nur 68 Firmen, von denen wir in dieser Beziehung nachahmenswerte Beispiele bekanntgeben konnten. 1918 ist mit dem Halbjahre 1918 gegen das ganze Jahr 1917 schon ein guter Fortschritt erreicht worden.

Die Personalmot ist gleichmäßig groß, mithin müßten die andern auch tun, was die einen können. Wenn es noch nicht geschieht, dann ergibt sich vor allem schwere Bekämpfung einer absoluten Notwendigkeit. Diese liegt zunächst einmal darin, daß unter den jetzigen Ernährungsvoraussetzungen und bei der gegenwärtigen anstrengenden Arbeitsweise unfruchtlich jeder Mensch einmal ausspannen muß! Der Raubbau an Gesundheit und Leben greift sonst über jedes Verantwortungsgelände.

Was wir hier sagen, ist nichts Neues mehr, keine von den uns manchmal mehr anklingend nachgesagten Aufforderungen und Entschuldigungen. Nein, die Priorität gebührt hier den kriegswirtschaftlichen Behörden, auch rein militärischen höheren Stellen, die seit dem vorjährigen Sommer in zunehmendem Maße die Gewährung von Ferien seitens der Unternehmer fordern. Zum Beispiel hat das wirkungsvollste Kriegsministerium am 6. Juni 1917 einen solchen Erlass herausgegeben, und am 18. Juni 1918 hat das Verkündigungsblatt dieser Behörde wieder darauf Bezug genommen und betont, es müsse ein gemeinsames Ziel sein, die Angestellten und Arbeiter durch einen angemessenen Erholungsurlaub in dem erforderlichen Stande des Leistungsvormögens zu erhalten. Die preussische Regierung hat sich im gleichen Sinn ausgesprochen. Ähnliche Aufforderungen sind noch verschiedentlich von amtlichen Stellen ergangen. Die staatlichen Betriebe gehen denn auch den privaten hierin mit gutem Beispiele voran. Es ist von diesen aber schon zu ausgesprochenen Weigerungen gekommen, und da ist es denn bemerkenswert, daß Schlichtungsausschüsse des Hilfsdienstgesetzes im Sinne der beschwerdeführenden Arbeiter und Angestellten entschieden haben.

Wenn wir nun aus Kasse erfahren müssen, daß die große Firma Gebr. Gottschalk von Ferien absolut nichts wissen will, obwohl am Ort andre Druckereien, große wie kleine, ein besseres Verhalten zeigen, und besonders erstärkte, was nicht im Tarife steht, wird nicht gewährt, so ist das nicht nur bedauerlich, es zeugt auch von sozialer Kurzsichtigkeit. Doch dieser Fall gibt in zweierlei Hinsicht zu Erwägungen Anlaß, nämlich eine Befehlung durch den Schlichtungsausschuss zu veranlassen, und dann auch die untreue Erachtens zur tariflichen Regelung reife Frage der Fertengewährung zur Tarifrevision auf die Tagesordnung zu stellen. Den Herren Gottschalk wäre dann geholfen — und der Gehilfenschaft erst recht. In den Tarifverträgen anderer Gewerbe sind die Ferien zum Teil schon anzutreffen, im Buchdruckerstande gibt es mehrere Beispiele dafür, und zwar nehmen sie jetzt mehr zu. Die deutschen Buchdrucker brauchen darin doch nicht die letzten zu sein!

In Stuttgart gewähren gegenwärtig wieder 55 Firmen Erholungsurlaub. Für die im vorigen Jahre begonnene Wiedereröffnung gab die schwäbische Hauptstadt mit 41 Druckereien den Ausschlag. Danach kam Straßburg im Elsass. Was in Stuttgart von der größten bis zu der kleinsten Firma — die noch bestehenden Ausnahmen sind nicht belangreich — möglich ist, kann anderswo unter Gewerbe nicht zugrunde rufen. Mögen die Kollegen sich also der von den Behörden ausgehenden Parole der Fertengewährung mehr annehmen! Der Berliner Gewerkschaftsrat fordert in seinen neuen „Mitteilungen“ auch zur Meidung von Ferienbewilligungen auf, also ist auch dort die Sache im Fluss. Die wirkungsvollste Sanktion hat schon im vorigen Jahr in verständnisvoller Weise die Frage aufgestellt. Möge man nun in breiterer

Front vorwärtsdrängen. Wir erlauben dann aber auch um vollständige Mitteilungen zum Zweck weiterer Anspornung durch Veröffentlichung sämtlicher fertengewährter Firmen. Es könnte auch wie im Jahre 1911 wieder eine allgemeine Ferienkassette (siehe Anhang zum Protokolle der Hannoverischen Generalversammlung) vom Verbandsvorstande für einen späteren Zeitpunkt ins Auge gefaßt werden, nachdem uns in dem vergangenen Jahre gegebene Anregung, in den Gaujahresberichten von jedem Druckort auch über die Fertengewährung Mitteilung machen zu lassen, wenig Beachtung gefunden hat.

Am 6. Juli 1899 hat der „Korr.“ seine erste Anforderung zur Mitteilung von Fertengewährungen hinausgehen lassen. Bis zum Kriegsausbruch konnte sich der Gesamterfolg getrost sehen lassen. Nun soll das vorübergehend Verlorene zurückgeholt und für die unausweichliche tarifliche Regelung gute Vorarbeit geleistet werden.

## Aus Prinzipalsversammlungen

Unsere Arbeitgeber pflegen im Frühjahr und Herbst größere Tagungen (Kreis- und Bezirksversammlungen) abzuhalten, in den Großdruckorten finden ausserordentlich häufige Versammlungen statt. Im allgemeinen interessiert die Berichtserstattung nicht besonders, mit den Beratungen selbst dürfte es zumeist anders sein.

Die Sitzung des Hauptvorstandes im Mai in Leipzig hat uns Würtzburger Generalversammlung schon näher beschäftigt. Deshalb sei summarisch angeführt, daß die Differenz wegen der Anwendbarkeit des Organisationsvertrags auf polnische Streiks bzw. mit heimerlei materiellen Forderungen für das Arbeitsverhältnis verknüpfte Bewegungen einen klaffenden Gegenatz zu der Auffassung des Verbandes offenbar werden ließ. Der in dem Berichte des Vorstehenden vorliegenden Stelle, daß „durch dieses Jahr in Berlin vorgekommenen Kontraktbruch die Tarifgemeinschaft einen schweren Stoß erlitten hat“, kann die gegenwärtige Behauptung von untreue Seite entgegengestellt werden. Die Tarifgemeinschaft will in der Berliner Gehilfenschaft niemand gefährden! Die Faktorentfrage erscheint mit dem grundsätzlichen angenommenen Vertragsentwurf im Sinn einer besonderen Gemeinschaft einseitige Lösung gefunden zu haben. Die Tarifgemeinschaft der Hilfsarbeiter fand nicht in einem Punkt eine im Interesse ruhiger und der arbeitsvertraglichen Entwicklung zu begrüßende gewisse Förderung, obwohl eine programmatische Anfrage des Hilfsarbeiterverbandes dazu Schritte auslösen konnte. In der Belegungsfrage nahm man einen in der Hauptsache abweisenden Standpunkt zu den aus der Gehilfenschaft bis dahin bekanntgewordenen Anregungen ein. Eine einseitige Stellungnahme sollte das indes noch nicht sein. Herr Haberland ist als zweiter Vorkämpfer des Deutschen Buchdruckervereins zurückgetreten, an seine Stelle wird Herr Dr. Pefersmann treten, der schon einmal an erster Stelle stand. Was errichtete, in guter Entwicklung befindliche Wirtschaftsausschuss, die Metallvermittlungsstelle und Preisstärkangelegenheiten fanden von den sonstigen Beratungsgegenständen im Vordergrund. Die Durchführung der Lohnerhöhungsfrage auf die Druckarbeiten soll vielfach noch Schwierigkeiten begegnen, die, was wir nicht unterlassen wollen zu sagen, nicht zuletzt auf die noch im Gegenlage zu andern Gewerben zu rückblickende Behandlung derjenigen Auftragsgeber zurückzuführen sind, die ihrerseits von Rücksicht nichts erkennen lassen. In der Beilage dieser Nummer werden in objektiver Weise die für uns Prinzipalität bestehenden Erforderlichkeiten auf dem Preisgebiete besprochen; bei der Gehilfenschaft wird man dafür im allgemeinen das richtige Verständnis finden. Herr Säuberlich hat unlängst in der „Leipziger Illustrierten Zeitung“ in geschickter Weise dem Publikum sozulegen den Star gestochen über die in unheimlicher Weise eingetretene starke Produktionsverfeuerung. Wenn der Bericht Herrn Hofrat Dr. Klähnhardt sagen läßt: „Auch die Arbeitererschaft kann mit den ihr bewilligten Lohnerhöhungen zufrieden sein; sind sie doch in einem Maß erhöht worden, wie dies zuvor nie der Fall gewesen und auch von keiner Seite vorausgesehen worden ist“, so werden die nunmehr stattfindenden Beratungen des Tarifauschusses seitens der Gehilfensvertreter eine ganz andre Auffassung ergeben. Die vorjährigen Bewilligungen konnten aber untreue momentan befriedigen.

In den übrigen Versammlungen war die Belegungsfrage der mit am meisten diskutierte Beratungsgegenstand. Der Berliner Prinzipalverein stellte eine von uns herbeizuführende bewertete Kostgeldskala auf und besaßte sich auch mit den Notgehilfenprüfungen, ohne daß etwas Näheres zu erkennen ist. Eine Doppelversammlung in Samburg betonte die Wichtigkeit der Gehilfenprüfung und beschloß, daß die aus dem Felde zurückkehrenden Beleglinge sie auch abzulegen haben unter Zustimmung weitgehender Nachsicht. Das ist allerdings sehr wesentlich, denn die jungen Kräfte sind doch ganz ohne ihr Versehen aus der Lehre gerissen worden. Der Bezirksverein Potsdam beschäftigte sich mit der Tätigkeit der acht Belegungsprüfstellen im Regierungsbezirk Potsdam, die wohl behördliche Einrichtungen allgemeinen Charakters sind. In Stuttgart legte Kommerzienrat Kraus eine von ihm verfaßte Denkschrift über die Belegungsfrage vor, seine (unbekannt) Vorschläge fanden grundsätzliche Zustimmung. Die rheinisch-westfälische Kreisversammlung nahm vom Bezirksverein Münster aufgestellte Vorschläge an. Das Kostgeld soll erhöht, die Lehrdauer nicht vermindert, gute Ausbildung garantiert werden — mehr kann man ja nicht verlangen! —, nur Beleglinge mit guter Schulbildung sollen

Einstellung und die Skala volle Ausnützung finden, im Behinderungsfall andern Firmen Mehrereinstellung gestattet sein. Der Vorstehende sprach hiergegen gleich Bedenken aus. Ein solcher Ausschub würde gewiß den Beleglingen druckerleien eine förmliche Anwartschaft verschaffen, ihre gemeinlich-dienliche Massenproduktion fortzuführen. Der Gedanke ist übrigens nicht neu und deshalb um so gefährlicher.

Die materiellen Forderungen von Würtzburger waren im Bezirksvereine Breslau wie im Kreisvereine Schlesien, die beide am 16. Juni tagten, augenscheinlich die Ursache demselben Frappierens. In der Kreisversammlung wurden hierzu vielfache Wünsche vorgebracht. Unter andern wurde zum Schutze der Setzungsverleger gefordert, daß Lohnerhöhungen mindestens sechs Wochen vor dem Inkrafttreten bekanntgegeben werden müßten. Wenn es danach gehen sollte, hätten die Gehilfen jetzt noch ein ganzes Weltchen zu warten. Das ist aber nicht möglich.

In der am 29. Juni eingetragenen Nummer der „Selbstkritik“ befindet sich, gerade noch ausreichend für die Tagung des Tarifauschusses, ein Bericht über die rheinisch-westfälische Kreisversammlung (27. Mai in Düsseldorf). Darin ist die bemerkenswerte Stelle enthalten:

Zunächst wurde darüber Klage geführt, daß doch nur wieder einzelne Prinzipale begännen, über die tariflich festgesetzten Lohnerhöhungen hinauszugehen und damit die Interessen der Allgemeinheit gefährdeten. Diese Belpredung führte zu einer Entschloßung in dem Sinne, daß da, wo es sich um weitere Erhöhung von Lohnerhöhungen an eine größere Zahl von Gehilfen handle, der Prinzipal nicht für sich allein den Vorwürfen gegenüber sich geneigt zeigen, sondern nur in Verbindung mit der Organisation der Prinzipale im Deutschen Buchdruckervereine handeln soll. Ein egoistisches Einzelvorgehen zeuge stets von einer mangelhaften Verständigung unter den Mitgliedern des Ortsvereins. Die Prinzipale am Orte sollten öfter zusammenkommen, ihre Verhältnisse besprechen und gemeinsames Vorgehen vereinbaren.

Unter den Teilnehmern an den vorjährigen Verhandlungen des Tarifauschusses wird wohl nur einer sein, der behaupten könnte, daß die Düsseldorf Wagnisse gegen solche Prinzipale, die ihren Gehilfen freimüßig über die tariflichen Lohnerhöhungen, die in keinem Betracht die Eigenheit von Maximalgewährungen haben, hinaus die Not zu mildern versuchen, vereinbar ist mit den von beiden Seiten abgegebenen bestimmten Erklärungen über Unterlassen ähnlichen Vorgehens einer- und kritischer Einwirkungen gegen Einzelbewilligungen anderseits.

Wenn diese Streiklöser auch keine Eröffnungen von durchschlagender Kraft darstellen, so erscheinen sie doch nicht ganz ohne Bedeutung für die Beurteilung der in den Prinzipalversammlungen zu Tage tretenden Anschauungen und Tendenzen. — Auf die in anderer Hinsicht beachtenswerte Tagung der Zeitungsverlegerorganisation konnte bis jetzt des Raumes wegen noch nicht eingegangen werden.

## Freiskonferenz der Faktoren

Am 15. und 16. Juni war nach vierjähriger Pause — Pfingsten 1916 hat jedoch eine ordentliche Generalversammlung stattgefunden — der Generalkonferenz der Faktorenorganisation in Berlin veranlaßt, d. h. neun Kreisvorsitzende und neun Mitglieder der Bundesleitung.

Der eventuelle (diese Einschränkung kommt nicht von uns) Abschluß einer Vertragsgemeinschaft mit dem Deutschen Buchdruckerverein wurde die augenblicklich wichtigste Angelegenheit genannt. Der Bundesvorsitzende Minister referierte darüber. Schon im Jahre 1910 wurde von der Düsseldorf Generalversammlung Frühjahrsname mit der Prinzipalität beschlossen. Eine weitere Etappe habe die sogenannte Zwölftmarkende bebildet, die als jährlicher Kopfbetrag für jedes bei Mitgliedern des Deutschen Buchdruckervereins beschäftigte Faktorenmittglied zum Zweck der Invalidenversorgung gezahlt worden sei, bis dann mit 1912 die Angestelltenversicherung diese von dem Prinzipal erbetene Mittelfe erledigt habe. Das neue Abkommen, ebenfalls von der Faktorenorganisation ausgehend, nannte der Bundesvorsitzende in erster Linie ein ideales: allgemeine Förderung der Interessen des Buchdruckerwerkes „innerhalb der besonderen organisatorischen Verhältnisse“ (man weiß nicht, was soll das bedeuten...), Besserung der Rentabilität der Betriebe, Hebung des Faktorentandes. Im besondern soll für die Stellungsverhältnisse der Faktoren die Schaffung eines Dienstvertrags sowie die Regelung der Gehalts- und Urlaubsfrage vorteilhaft wirken. Zum Austragen von Meinungsverschiedenheiten wird die Einrichtung von Schiedsämtern vorgehen. Der Hauptpunkt, daß die Angelegenheit nichts mit der Zugehörigkeit der Faktoren zu andern Vereinen, „etwa zum Verband“ heißt es noch in nicht zu definierbarer Anwendung von Gänsefüßchen, zu tun hat, folgt weiter die Erklärung, daß sie auch nicht in Zusammenhang siehe mit der Auflösung der Verbandsfrage auf der Straßburger Hauptversammlung 1913 der Prinzipalorganisation, was zu Anfang 1914 einige Verhandlungen mit dem Prinzipal zur Folge hatte.

In der Aussprache kam allgemeine Übereinstimmung mit dem Bundesvorstand über die Begründung zum Ausdruck. Der Hinweis auf ein oder zwei Ortsvereine, wo man das geplante Zusammenarbeiten auch durch Anknüpfen an die Tarifgemeinschaft für empfehlenswert hält, brachte keine Beirung. Wir lassen uns aber auch nicht betören und halten an dem mehrmals präzisierten Standpunkte (siehe Nr. 65) fest. Hervorzuheben wäre noch, daß die schwere wirtschaftliche Lage der Mitglieder zur Anerkennung der Notwendigkeit einer weiteren Verbesserung führt und entsprechende Beschlüsse gefaßt wurden.



**Veränderungen im Anzeigenteil des „Korr.“** In der Verbandsorgan mit seinem dreimaligen Erscheinen wöchentlich ist das billigste Blatt in Deutschland. Mitglieder und Nichtmitglieder, Prinzipale und andre Interessenten, welcher Kreise groß ist, erhalten den „Korr.“ noch immer zum Preise von nur 65 Pf. für das Vierteljahr. Der Anzeigenpreis war bis jetzt so niedrig, daß er seit vielen Jahren nicht die Ausgaben deckte. Es mußte wenigstens in dieser Hinsicht eine Änderung eintreten. Die Würzburger Generalversammlung gab ihre prinzipielle Zustimmung gleich in zweierlei Richtung. Nach der dem Verbandsvorstande sowie der Redaktion und Expedition überlassenen näheren Bestimmung weiß von nun an der Anzeigenteil fünf Spalten auf, was, wie der Augenchein in dieser Nummer zeigt, ein gutes Sahbild bietet; die einzelne Spalte ist 2/3, Konkordanz breit. Der Anzeigenpreis ist nur mäßig erhöht worden: Kauf- und Verkaufs- bzw. Reklameanzeigen müssen mit 10 Pf. pro Zeile mehr bezahlt werden, alle andern Anzeigen mit 5 Pf. In der Anzeigenteil weiß im Laufe der Jahrzehnte folgende Veränderungen auf: Bis zum 1. Oktober 1891 bestand ein Einheitspreis, der bei zweigespaltener Zeile und mit Borgis als Grundchrift in den Jahren 1863 und 1864 nur 1 Neugroschen (10 Pf.) betrug. Von 1865 bis 1900 war der Anzeigenteil dreispaltig und die Grundchrift Petit. Bezahlt wurden 1865 bis 1871 1 Silbergroschen (12 Pf.), von 1872 bis 1874 1 1/2 Silbergroschen (18 Pf.), von 1875 bis 1876 15 Pf., von 1877 bis zum dritten Quartal 1891 25 Pf., ab 1. Oktober 1891 bis Ende 1908 Arbeitsmarktanzeigen 10 Pf., die übrigen 25 Pf. Mit dem Jahre 1901 wurde jedoch die Nonpareille als Grundchrift eingeführt sowie eine vierte Spalte. Von 1909 an kosteten die Kaufs-, Verkaufs- und Reklameanzeigen 50 Pf., die sonstigen 15 Pf. Das ist nun bis Ende des zweiten Quartals von 1918 gegangen, mit welchem Zeitpunkt die schon bezeichneten Veränderungen eintreten. Wenn auch bei den sogenannten Reklameanzeigen im allgemeinen keine Raumvorstellungen gemacht werden können, so müssen doch solche vorbehalten sein, solange die öffentliche Papierbewirtschaftung vorbesteht. Für die billigen Anzeigen — woblgerneht auch Veranlassungs- und Gesinnungsblätter — wird äußerste Raumerparnis ausbedungen. Arbeitsmarktanzeigen z. B. werden nur einpaltig und in der Grundchrift aufgenommen und Auszeichnungen sollen nur bis zum Cicerograde gestattet. Im ersten Vierteljahr 1917 waren gerade durch diese billigen Anzeigen die „Münchener“ wahren „Plakatareiter“ mehrere Male halten wir bis zu zweieinhalb Seiten Anzeigen in der Nummer. Gegen diese Raumererschwendung mußte Front gemacht werden, da wir sonst zu künftiger Aberschreibung des Papierkontingents gedrängt worden wären. Bei dem großen Entgegenkommen, das unsre Inserenten jetzt noch finden, erwarten wir, daß den gebotenen Raumrücksichten von ihnen Rechnung getragen wird.

**Nachahmenswerte Beispiele.** Die Neue Photographische Gesellschaft, Aktiengesellschaft in Berlin-Steglitz, hat ihren Arbeitern und Arbeiterinnen wiederum eine Extrazuerzulage von 20 bis 50 Mk. gewährt. — In Mülheim (Ruhr) bewilligte die „Mülheimer Zeitung“ eine einmalige Feuerzulage von 30 Mk.

**Ferien!** In München als Neubewilligung die Geschäftsbücherei- und Buchdruckerei Dieß & Rischraf drei Tage nach zwei Jahren Geschäftsangehörigkeit; nach dem Kriege soll Erweiterung eintreten. — In „Kamburger Fremdenblatt“ werden nun nach einem Jahre zwei, nach zwei Jahren vier Tage, nach drei Jahren eine Woche gewährt; Subilare erhalten zwei Wochen. — In Baden-Baden hat die Firma Ernst Köhlin dem Stammpersonal eine Woche, den Lehrlingen drei Tage bewilligt. — In Mülheim (Ruhr) gibt die v. M. b. S. „Mülheimer Zeitung“ vierwöchigen Urlaub, die Firma Alfred Selb in Mülheim-Broich einen einwöchentlichen.

**Schiffenprüfungen.** Die diesjährigen Prüfungen im Bezirk Aachen haben mit vier Terminen am 20. Juni ihren Abschluß gefunden. 15 Neuausgelernte (11 Seher und 4 Drucker) unterwarfen sich der Prüfung, und zwar 6 aus Aachen, 3 aus Düren, je 2 aus Schweizer und Solberg, je 1 aus Blankenheim und Schleiden. Unter den Bestfallsigen befanden sich einige Feldgrauen. Es befanden: einer mit „Ausgezeichnet“, fünf mit „Gut“ und neun mit „Genügend“. Zu bemerken ist, daß die Prüfungsvorchriften der Maschinen-Handwerkammer keine andern Prädikate zulassen wie die angeführten, zu denen noch „Unzulänglich“ kommt. Es selbst mindestens „Siemlich gut“. Im übrigen wurde bei Bewertung der Prüfungsaufgaben die gegenwärtige Zeit berücksichtigt. — In Würzburg bestanden von sechs ausgetretenen Druckern vier mit „Gut“, einer mit „Genügend“ und einer mit nur „Kaum genügend“. — Zu den diesjährigen Prüfungen in Frankfurt a. M. meldeten sich 21 Gehilfen. Von diesen waren 3 bereits im Seeresdienst, 11 hatten den Gehilfenbescheid, 3 wurden nach dreiwöchentlichem Beurlaubt zur Vorprüfung zugelassen. Die Kenntnisse der jungen Leute ließen besonders im Praktischen zu wünschen übrig. Die vielfach einschlägige Ausbildung im Betriebe hätte durch regelmäßigen Besuch der Fachschule ausgeglichen werden können. Das Ergebnis der Prüfung war: Seher: „Gut“

bis „Sehr gut“ 1, „Gut“ 2, „Siemlich gut“ bis „Gut“ 3, „Siemlich gut“ 4; Drucker: „Gut“ 5, „Siemlich gut“ bis „Gut“ 1, „Siemlich gut“ 1, „Genügend“ bis „Siemlich gut“ 1, „Genügend“ 2; Schweizerdegen: „Siemlich gut“. — Die Gehilfenprüfung legten bei der Handwerkammer Oldenburg 11 Prüflinge aus dem Großherzogtum Oldenburg ab. Es erhielten im Praktischen die Note „Recht gut“, 2 „Gut“, 5 „Siemlich gut“, 2 „Genügend“, im Theoretischen 3 „Recht gut“, 3 „Gut“, 2 „Siemlich gut“, 3 „Genügend“.

**Bessere Auffindbarkeit unserer Kriegerfrauen und Kriegerwitwen.** Größere Mitgliedschaften gehen mehr und mehr dazu über, die freiwilligen Zuwendungen oder die Einladungen zu Veranstaltungen nicht allein durch Hinweise in ihren „Mitteilungen“ bekannt zu machen bzw. zu bewerkstelligen, sondern in einer oder zwei hauptsächlich geteilten Tageszeitungen entsprechende Aufforderungen ergehen zu lassen. Auf diese Weise geschieht alles, auf das niemand übergegangen wird. Da sich dieses Verfahren als zweckmäßig herausgestellt hat, so sei es hiermit allgemeiner Nachahmung empfohlen.

**Die Papierkontingenterung für das dritte Vierteljahr 1918.** Laut Bekanntmachung des Staatssekretärs für das Reichswirtschaftsamt bleibt bei den Zeitungen die Verbrauchsmenge unverändert. Für die Herstellung von Büchern, Sammelwerken, Einzelwerken, Jugendbüchern, Musikalien, Zeitschriften und sonstigen periodischen Druckschriften ist etwas Papier mehr zugestanden worden. Es können nunmehr 60 (bisher 55) Proz. der im gleichen Quartal 1916 verdruckten Papiermenge verwendet werden. Ein klein wenig haben die in Profiform gebildeten Wünsche, die namentlich von der Fach- und Zeitschriftenpresse ausgingen, also doch genügt. Der Anfall von 40 Proz. ist aber immer noch sehr küßbar. Ein nachträglich verändertes Rundschreiben der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe benimmt die Hoffnung, daß sich die Papierverhältnisse im allgemeinen bessern könnten. Es wird dringend vor jeder Aberschreibung der Verbrauchsmenge gewarnt und für die weitere Zeit eher Verschlechterung in Aussicht gestellt.

**Forderungen der Buchbinder.** Die Leitung des Deutschen Buchbinderverbandes hat am 7. Juni zunächst an den Verband Deutscher Buchbindereibesitzer und im weiteren an die für unsre Schwager noch in Betracht kommenden Reichsvereinigungen von Arbeitgebern, also auch an den Deutschen Buchdruckerverein, eine Reihe von Forderungen gerichtet, für die die auch uns nur zu bekannten schweren Gegenwartsverhältnisse zur Begründung ins Feld geführt werden. Die bisherigen Vereinbarungen über Feuerzulagen sollen ebenso aufrechterhalten werden wie andere aus der Kriegszeit notwendig gewordene Beschlüsse. Sinaufzuren sollen: 1. Erhöhung der wöchentlichen Feuerzulagen a) für alle männlichen Arbeiter um 20 Mk., b) für weibliche Arbeiterinnen um 15 Mk., c) für ungeheute Arbeiterinnen um 10 Mk., d) für Lehrlinge um 8 Mk., 2. Aufschlag auf alle Abhoordpreise von 30 Proz., 3. Bemessung des Stundenlohnes nach dem Gesamtwochenverdienst, also einschließlich der Feuerzulagen. Bei Aberschritten sind auf die sich so ergebenden Stundenlöhne die tariflichen und die Kriegszuschläge für Aberschritten zu zahlen, 4. Arbeiterinnen, die Gehilfenarbeit machen, sind die Feuerzulagen für Gehilfen zu zahlen, 5. Verkürzung der Arbeitszeit auf 51 Stunden in der Woche. Sonnabends darf die Arbeitszeit höchstens sechs Stunden betragen. Der Stundenlohn ist um so viel zu erhöhen, daß durch die Kürzung der Arbeitszeit ein Verdienstausschlag für die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht entsteht, 6. Einführung von Maßnahmen zur besseren Lebensmittelförderung der Arbeiterkraft unter Gleichstellung derselben mit den Rüstungsarbeitern, 7. Die erhöhten Zulagen sind erstmals zahlbar am zweiten Samstag im Juli für die zurückliegende Berechnungswoche. Für unsre Prinzipale ergibt sich daraus wohl, daß von unsrer Seite die Not der Zeit nicht zu schwarz gemalt worden ist, da die Buchbinder durch solche Forderungen ebenfalls den Rückstand der graphischen Arbeiter von den übrigen dokumentieren.

**Eine Kriegszulage von 100 Proz.** Die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoffaktiengesellschaft (Berlin) hat bislang den schon vor dem Krieg in ihren Diensten stehenden Angestellten Kriegszulagen von durchschnittlich 50 Proz. der Gehälter gewährt. In Würdigung des Mißverhältnisses zwischen Arbeiter- und Angestelltenbezahlung werden jetzt als außerordentliche Kriegszulage bis 100 Proz., also ein volles Jahresgehalt, zur Auszahlung an die Angestellten gebracht. Denselben Kräfte, die im Laufe des Krieges bei der Firma eingetreten sind, erhalten einen der Zeitdauer entsprechenden Anteil. Man nimmt von solchen Bewilligungen der ausgesprochenen Kriegsindustrie gern Kenntnis, denn zwischen Verdienen und Verdienstaufen ist hier nicht selten ein erheblicher Unterschied.

**Großbankenkassierliche und Angestelltenkriegerzulagen.** Die jetzt für das Jahr 1917 herausgegebenen Jahresberichte der deutschen Banken zeigen wieder stattliche Beträge, die wegen der Feuerungsverhältnisse als Kriegszulagen in die Taschen der Angestellten geflossen sein sollen. Es ist aber interessant, daß sich beim näheren Zusehen ergibt, wie die großen Zahlen im Publikum verbleiben können und über die wahre soziale Lage der Bankangestellten ein falsches Bild abgeben. Da lag der Jahresbericht der Deutschen Bank schwarz auf weiß, daß die Beamten 1917 neben Gehältern eine einmalige Zuwendung von 2 1/2 Mill. Mk. erhalten hätten. Das steht schon aus. Dividenden wir aber diesen Betrag durch die Zahl der Beamten, die 1917 etwa 13300 betrug, so erhalten wir einen Durchschnittsbetrag von kaum 200 Mk., der auf einen einzelnen Beamten entfällt. Dabei sind noch nicht einmal die Angestellten berücksichtigt, die im Feld siohen und heimzwegs alle Zeit-

namt d. R. sein werden. Tatsächlich machen die in ver-schlehter Form gewährten Zulagen bei verdrästeltem Angestellten bis zu 3000 Mk. Gehalt 32,5 Proz. aus, bei ledigen nur 18,75. Pro Kind und 3 ab werden dann noch Erziehungsbefehlen von 180 bis 200 Mk. gewährt. Gegenüber der gesamten Verkerung der Lebensverhältnisse, die im Jahre 1917 verschlehtlich schon mit 200 Proz. gegen die Friedenszeit berechnet worden ist, wollen diese Feuerungszulagen also nichts belagen. Die Dresdner Bank schwang sich in ihrem Jahresberichte zu einer lobenden Anerkennung für die geleistete viele Kriegerarbeit auf. Der künftige Effekt aber blieb aus. Die Jahresgratifikationen wurden im Durchschnitt auf 100 Mk. gesteuert, ältere Beamte bekamen bis zu 300 Mk. Ein paar Hundert Direktoren und Aufsichtsräte erhielten jedoch 5512000 Mk. Sanitäts, der gegenüber sich die Gesamtsumme von 4100000 für 7679 Beamte recht behelnden ausnimmt. Zu den gewöhnlichen Aufschlägen steht auch die Erhöhung der Kantinenpreise um durchschnittlich 50 Proz. in bedenklichem Widerspruch. Bei der Darmstädter Bank das gleiche Bild: Direktion und Oberbeamte, etwa 250 Personen, erhielten 1431000 Mk. als besondere Vergütung, die 4300 Beamten jedoch nur 953000 Mk. Dafür die sechs Direktoren! Lediglich als ihre Gewinnbeteiligung konnten sie 734000 Mk. oder 122300 Mk. der Mann in die Tasche stecken. Die Oephanen sind also trotz glänzender Geschäfte von ihrer Geplogenheit schlechter Bezahlung ihrer Angestellten nicht abgekomen. Durch den sozialen Auf-schnitt in den Jahresberichten darf sich niemand täuschen lassen.

**Hauptversammlung des Deutschen Buchgewerbevereins.** Der Mitte Juni im Deutschen Buchgewerbeverein zu Leipzig abgehaltenen 30. Hauptversammlung wurde ein Bericht vorgelegt, nach welchem der Verein die schwere Kriegszeit bis jetzt gut überstanden hat. Durch seine bedeutenden Sammlungen, seine Ausstellungen im Inlande wie im neutralen Ausland, durch das „Archiv für das Buchgewerbe“ wie durch Förderung des Fachschul- und Bildungswesens diente er dem Buchgewerbe in hervorragender Weise. Die Versammlung stimmte dem Abschluß eines für das Deutsche Kulturmuseum zu Leipzig förderlichen Vertrages zwischen dem Deutschen Buchgewerbeverein und dem Deutschen Verein für Buchwesen und Schrifttum zu. Danach stellt der Buchgewerbeverein dem Deutschen Kulturmuseum seine wissenschaftlichen und künstlerischen Sammlungen sowie seine Bücher als Leihgabe zur Verfügung. Außerdem übernimmt der Deutsche Verein für Buchwesen und Schrifttum die Bibliothekarschule zu Leipzig. Durch diesen Fortschritt in den Bestrebungen zur wissenschaftlichen Erforschung und Aufwärtsentwicklung des Schrifttums der deutschen Buchkunst und des deutschen Buchgewerbes gewinnt der Deutsche Buchgewerbeverein neue Möglichkeiten zum Ausbau seiner technischen und Materialsammlungen. Ein weiterer Beschluß ging dahin, die dem Buchgewerbeverein gehörige reichhaltige, gute Literatur zur Gründung einer Leihbücherei für Angehörige der graphischen Gewerbe in Leipzig zu verwehben.

**Buchhändlerermesse für Süddeutschland.** Anlässlich der diesjährigen Hauptversammlung des Süddeutschen Buchhändlervereins in Stuttgart wurde der Plan in Erwägung gezogen, als Gegenstück zu den norddeutschen Bestrebungen einen engeren Zusammenschluß der süddeutschen Buchhändlervereinigungen in die Wege zu setzen. Käme dieser Plan zustande, dann hätte auch die Leipziger Buchhändlerermesse eine ähnliche Konkurrenz, wie sie die dortige Warenmüsterermesse schon in den Breslauer Mißveranlassungen besitzt. Also ein neuer Zug gegen Leipzig, der aber schwerlich lohnend wird.

**Die Presse in der Wahrnehmung des öffentlichen Interesses.** Dem Reichstag ist von Reichsbunde der deutschen Presse eine Eingabe zugegangen, die eine Abänderung des § 193 des Strafgesetzbuchs dahingehend vorschlägt, daß der Presse das Recht zur Wahrnehmung öffentlicher Interessen ausdrücklich zugesprochen werden soll. Zur Zeit ist die Rechtslage die, daß eine formale Beleidigung nach § 193 nur dann strafrei bleibt, wenn der verantwortliche Redakteur nachweisen kann, daß er in Wahrnehmung persönlicher Interessen gehandelt habe, während die pflichtmäßige Wahrnehmung öffentlicher Interessen keine Berücksichtigung findet.

**Der Verband Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.** Im Jahre 1893 gegründet, hätte diese eigenartige, sich besten Ansehens erfreuende Organisation im Juni das fünfzigjährige Bestehen feiern können. Die Gewerbegerichte und später folgend die Kaufmannsgerichte haben es verstanden, sich eine Volkstümlichkeit zu erwerben, wie man es kaum erwartet hätte. Der Streit aus dem Arbeitsverhältnis erfordert kein gelehrtes Richteramt, aber viel praktischen Sinn und volkstümliches Empfinden. Ein Gewerbeichter hat einen ganz anderen Kontakt mit dem vielgestaltigen Leben als der ordentliche Richter. Trotzdem kommt immer noch viel auf die Person selbst an. Der erstmalige Vorsitzende dieser Vereinigung, der verstorbene Mainzer Oberbürgermeister Gahner, war populär und anerkannt klug. Von dem gegenwärtigen Vorsitzenden, dem Berliner Gewerbegerichtsdirektor Magistrat v. Schulz, läßt sich das nicht nur auch behaupten, sondern man kann weitergehen und ihn als erste Autorität wie auch als eine ausnahmsweise sozialverträglich veranlagte Persönlichkeit anpreisen. Der Arbeitsvertrag wie das gewerbliche Einigungsweisen sind für die Gewerbe-gerichte Spezialgebiete geworden, auf denen es erfolgreich vorwärts gegangen ist. Der Krieg hat etwas Unterbrechung gebracht. Die Schlichtungsausschüsse des Arbeitsgerichts sind Nachbildungen der Gewerbegerichte, ausnahmsweise nicht von erfahrmähtigen Werks. Alle größeren Gewerbe- und Kaufmannsgerichte gehören dem Verband an, der mit einer Arbeitsstimmung seines Ausschusses am 11. Juni in Würzburg seine Substanzmeister als angemessen begangen befaßt,

**Gestorben.**

In Berlin am 1. Mai der Drucker Paul Ermel aus Berlin, 43 Jahre alt — Augenleiden; am 4. Mai der Druckerinvalide Joseph Fieger aus Witt-Stolter (Kr. Bonn), 45 Jahre alt — Gehirnerkrankung; am 6. Mai der Seherinvalide Theodor Gallst aus Bahn, 76 Jahre alt — Herzschwäche; am 10. Mai der Seherinvalide Richard Renner aus Königsberg, 47 Jahre alt — Herzleiden; am 12. Mai der Druckerinvalide Georg Kempin aus Berlin, 41 Jahre alt — Augenleiden; am 17. Mai der Drucker Albert Schön aus Göttingen, 54 Jahre alt — Gehirnerkrankung; am 19. Mai der Seher Robert Frier aus Berlin, 59 Jahre alt — Augenentzündung; am 21. Mai der Drucker Wilhelm Peters aus Peine, 24 Jahre alt — Hirnhautentzündung; am 22. Mai der Seher

invalide Oskar Reich aus Berlin, 66 Jahre alt — Herzschlag; an demselben Tage der Druckerinvalide Max Friedrich aus Gütrow, 28 Jahre alt — Augenleiden. In Regensburg der Drucker Ernst Eckart aus Droschenhain. In Leipzig der Buchdruckereibesitzer Ludwig Alfred Meppig; am 20. Mai der Seher Robert Sänzer aus Leipzig, 29 Jahre alt — Augenleiden; am 26. Mai der Drucker Theodor Sächler aus Elberfeld, 45 Jahre alt — Augenleiden; am 10. Juni der Seher Karl Biedlich von dort, 20 Jahre alt — Augenleiden; am 13. Juni der Seherinvalide Wolf Höffig (einer der 50-jährigen Jubilare vom 20. Mai 1916) aus Leipzig, 74 Jahre alt — Darmleiden. In Radebeurg der Seher Franz Fußmann aus Langermünde, 29 Jahre alt.

In München der Buchdruckereibesitzer Ferdinand Schreiber, 68 Jahre alt. In Paffau am 19. Juni der Stereotypen Joseph Koch Heiter, 69 Jahre alt — Gehirnschlag. In Pirmasens am 26. Mai der Seher Jakob Herzog aus Landau, 40 Jahre alt. In Prenzlau am 18. Juni der Seher Paul Freitag, 42 Jahre alt. In Trier am 14. Juni der Buchdruckereibesitzer Jakob Vint, 72 Jahre alt. In Wiesbaden der Seher Christian Michel von dort, 66 Jahre alt. Buchdruckereibesitzer Heinrich W. S. a. m. e. l. m. a. n. n., 47 Jahre alt. In Worms am 27. Mai der Buchdrucker Georg Wagemüller aus Schönberg, 55 Jahre alt — Herzschwäche.



Schon 8500 Teilnehmer. Glänzende Anerkennungen.

**Jünger Linotypsetzer**  
mit dem Mechanismus der Maschine (Doppelheber und Head) vertraut, sucht sich zu verändern. Angebote an Hermann Gählig, Neumarkt in der Oberpfalz, Rosenstraße 3. [401]

**Schriftsetzer** [414]  
(auch Kriegsbesch.), die im Anzeigengeschäft gelbt sind, sucht Gerolds Verlag, Pöhnack, Thür. Wald.

**Schriftsetzer** [440]  
wichtig und zuverlässig, gesucht. Buchdruckerei Gb. Kling, Düsseldorf, Wehrbahn 28a.

**Lichtige Schriftsetzer**  
auch Kriegsbeschäftigte, in dauernde Stellung gesucht. Gebr. Fünnes, Geschäftsbüchsenfabrik, Düsseldorf 72.

**Ein berechnender Seher**  
für Deutsch und Esperanto sowie ein [399]

**Maschinenmeister**  
für Illustration (gelegentlich auch Dreihand- und Vierfarbendruck) sofort gesucht. Buchdruckerei Kreuzstraße, München, Leipzig, Kreuzstraße 6.

**Mehrere tüchtige Handsetzer**  
eventuell Kriegsbeschäftigte, für Anzeigen und Werk sofort gesucht. Dskar Seiner, Leipzig, Königsstr. 26 B.

**Inferatensetzer**  
(auch Kriegsbeschäftigte) zu baldigem Eintritt gesucht. [368] Dutsburger Verlagsanstalt, Dutsburg.

**Hand- und (Typograph) Maschinensetzer**  
für unsere russische Abteilung sofort gesucht. Ausführliche Angebote mit Angabe der Ansprüche erbeten an den [433] Verlag, Sozialwissenschaftl. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114.

**Mir suchen für unsere Formulare- und Abzählmaschinen einen in allen Sacharten bewanderten, tüchtigen, gewissenhaften** [434]

**Gehilfen**  
für sofort oder später. Lohnansprüche und Zeugnisse an Meindberg & Ostermann, Osnabrücker Tageblatt, Osnabrück.

**Seher oder Schweizerdegen**  
mit Vorkursus gesucht. Gesucht für Kriegsbeschäftigte. [435] G. Braess, Kölnischen (Pr. Sa.).

**Suche für meinen mittleren Betrieb einen**

**Typographsetzer**  
für A-Maschine. In Frage kommt ein tüchtiger, in Oberbayern gründlich erprobter Herr. Eintritt nach Vereinbarung. [407] G. C. Saas, Buch- u. Kunstdrucker, Meise in Hannover.

**Tüchtiger Typographsetzer**  
sorgt gesucht. Hermann Stever, Oberstein a. d. Nahe.

**Typographsetzer**  
zu baldmöglichstem Eintritt gesucht. [404] Stuttgarter Sehmachindruckerei, Holzinger & Co., Stuttgart.

**Tüchtiger Maschinenmeister**  
für Betrieb gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen erbeten. [413] Piereische Hofbuchdruckerei, Alsenburg (S.-M.).

**Maschinenmeister**  
für Abzähl- u. Plattendruck suchen [411] B. Sesslenand, G. m. b. H., Stehlin.

**Maschinenmeister**  
für Illustration und Verdruck finden Stellung. Meldung mit Gehaltsforderung. [408] S. C. Hermann, Berlin SW 19.

**Maschinenmeister**  
für Werk und Platten gesucht. Haas & Grabherr, Augsburg.

**Maschinenmeister**  
für Glashand- und vierfarbige Rotationsmaschine, eventuell zur Umernung an lehterer, sofort gesucht. [438] Rathenower Zeitungsdruckerei, H. S. Wendebach, Rathenow.

**Maschinenmeister**  
der auch die 16 seit. Augsburg. Zwillingrotationsmaschine bedienen kann, gesucht. „Prenae Anzeiger“ [427] Bina (Sachsen).

**Tüchtige Maschinenmeister**  
in Werk, Platten- und Illustrationsdruck mit Anzeigengeräten an Zweifarbenmaschinen vertraut, finden Stellung. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche. [425] A. Didenburger, München.

**Gefahrener Rotationsmaschinenmeister**  
für 16seitige Frankenthaler Maschine zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten an „Straßburger Neue Zeitung“, Straßburger A. Ulf.

**Tüchtiger Schweizerdegen**  
eventuell Maschinenmeister, sofort für dauernd gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen an die [430] Kreisblatt-Buchdruckerei Julius Jonas vorm. Weiß, Reidenburg (Ostpreußen).

**Monotypsetzer**  
findet in einer größeren Druckerei Mitteleuropas dauernde Stellung. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche an [340] Hugo Linde, Leipzig, Johannisallee 41.

**Zuverlässiger Monotypsetzer**  
sucht in dauernde Stellung [403] G. Kreyfing, Leipzig, Seeburgstr. 51.

**Schriftsetzer**  
für unsere Hausgelehrer gesucht. [412] Piereische Hofbuchdruckerei, Alsenburg (S.-M.).

**Maschinenmeisterverein Ludwigshafen-Mannheim**  
Sonntag, 7. Juli, vormittags 10 Uhr, im Lokale „Bürgerbräu“, Ludwigshafen (Kauptstraße): Besprechung. [429] Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

**Büchler zum Selbstunterricht**  
Büchler für Schriftsetzer. Mh. 1,10  
Alphabetische . . . . . 2,60  
Schriftschreiben gb. 80 Bl. br. . . . . 55  
Kalkulation von Drucksachen . . . . . 40  
Berechnungs-Tabelle . . . . . 1,10  
Quartierliste . . . . . 1,25  
Bücher-Sortiment . . . . . 1,10  
und sämtliche Literatur und Utensilien.  
Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften  
Leipzig, Salomonstraße 8 III.  
Vollstreckkonto 53 430.

**Die Ausbildung von Kriegsbeschäftigten als Sehmachindruckerei betr.**

In der „Sehmachindruckerschule Karlsruhe“ ist eine Gelegenheit geschaffen, um kriegsbeschäftigte, militärtaugliche, gelehrte Buchdrucker, Seher und Maschinenmeister, zu „Sehmachindruckern“ auszubilden. Nur Bewerber, welche die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen, können zur Ausbildung zugelassen werden. Die Zulassungen werden in derjenigen Reihenfolge verfügt, in welcher die Anmeldungen einlaufen, und jeweils in solcher Zahl, als Lehrplätze frei werden. Der Unterricht erstreckt sich über 12 bis 15 Wochen und wird unentgeltlich für die Zugelassenen erteilt. Anmeldungen können jederzeit beim Großherzog, Landbesitzeramt Karlsruhe, B. eingereicht, und Anmeldebogen von dort bezogen werden. Für die kriegsbeschäftigten Teilnehmer aus Baden gewährt der „Badische Sehmachindank“ — Landesausgleich der Kriegsbeschäftigten für Vorkriegszeit — Beihilfen zur Bezahlung der Verpflegungskosten; bei bedürftigen Teilnehmern wird der Sehmachindank auch die Kosten der Wohnung übernehmen. Die Teilnahme an den Kursen ist ohne Einfluß auf die Rechte, die Teilnehmer beziehen bis letztensichtlich weiser. Karlsruhe, den 22. Juni 1918. Großh. Landesgewerbeamt.

**Graphische Fachklassen**  
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die Aufseherbeobachter Barmen.

**Technik im modernen Zeitungsbetrieb**  
von Dr. Hans Fuchs.  
162 Seiten Oktav, Preis 2 Mk.  
Gegen Voreinsendung oder Nachnahme zu beziehen durch den Verlag der „Danziger Neuesten Nachrichten“, Danzig.  
Der Gelamterios steht der Ludent-dorff-Spende zu. [375]

**Von Lokalbene Hannover**  
sind ferner in dem Böhleringen gefallen: die Seher [398]

**Karl Brauns**  
geboren in Pöller;  
**Hans Ludwig**  
geboren in Hannover;  
**Karl Meyer**  
geboren in Welfeld; die Drucker  
**Heinrich Boloff**  
geboren in Hannover;  
**Geodor Willich**  
geboren in Hannover.  
Ehre ihrem Andenken!  
Lokalverein Hannover.

**Karl Brauns**  
geboren in Pöller;  
**Hans Ludwig**  
geboren in Hannover;  
**Karl Meyer**  
geboren in Welfeld; die Drucker  
**Heinrich Boloff**  
geboren in Hannover;  
**Geodor Willich**  
geboren in Hannover.  
Ehre ihrem Andenken!  
Lokalverein Hannover.

**Karl Brauns**  
geboren in Pöller;  
**Hans Ludwig**  
geboren in Hannover;  
**Karl Meyer**  
geboren in Welfeld; die Drucker  
**Heinrich Boloff**  
geboren in Hannover;  
**Geodor Willich**  
geboren in Hannover.  
Ehre ihrem Andenken!  
Lokalverein Hannover.

**Übermals hat das Böhleringen**  
einen Lieben, braven Kollegen aus unsrer Mitte gerissen. Am 29. Mai fiel der Monotypsetzer

**Karl Meyer**  
aus Hannover.  
Auch ihm wird ein ehrendes Andenken bewahren  
Die Maschinensehervereinigungen im Gau Hannover (Eich Hannover).

**Als weitere Verluste des Weltkriegs**  
haben wir zu beklagen die Kollegen [431]

**Hans Werner**  
geboren in Glauchau,  
**Edmund Sächel**  
geboren in Hamburg.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen  
Die Verbandskollegen des „Hamburger Fremdenblattes“.

**In dem Weltkrieg haben wir**  
den Verlust nachstehender braver Mitglieder unsres Vereins (sämtlich Monotypsetzer) zu beklagen:

**Hans Körbchen**  
**Emil Lange**  
**Karl Malchow**  
**Paul Reimann**  
**Hermann Wolfram**  
Wir werden ihr Andenken dauernd in Ehren halten.  
Brandenburgischer Maschinenseherverein (Eich Berlin).

**Bei den Kämpfen im Westen**  
fiel am 1. Juni unser wertiger Kollege, der Drucker [419]

**Georg Berg**  
aus Diehenbach.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Der Bezirksverein Frankfurt am Main.

**Weitere zwei liebe Kollegen**  
haben wir durch den Krieg verloren. Anfang Juni fielen die Seher [424]

**Hans Link**  
**Martin Kellermann**  
beide aus Nürnberg.  
Auch diesen beiden Kollegen wird ein ehrendes Andenken bewahren  
Die Mitglieder des Vereins Nürnberg.

**Bei den schweren Kämpfen im**  
Westen fiel unser Kollege, der Maschinenseher [436]

**Hermann Bohn**  
aus Langenlisa. [402]  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Kollegen der Buchdruckerei Th. Kemert, Dresden.

**Übermals hat der schreckliche**  
Krieg einen Kollegen aus unsrer Mitte gerissen.  
Bei den letzten schweren Kämpfen mußte der Schweizerdegen, Westreiter  
**Jakob Benschler**  
Inhaber des Eisernen Kreuzes nach 46 monatlichem Ringen sein junges Leben lassen. [415]  
Ein gutes Andenken bewahren ihm  
Ortsverein Bad Reichenhagen  
Bezirksverein Koblenz.

**Wiederum hat das gewaltige**  
Böhleringen einen Lieben Kollegen von uns gefordert. Am 16. Juni erlag in einem Kriegslazarett im Westen seiner am 10. Juni erlittenen schweren Verwundung unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

**Eugen Man**  
Inhaber des Eisernen Kreuzes aus Rynh. [416]  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Der Ortsverein Graubenz.

**Erst jetzt wird bekannt,**  
dass unser lieber Kollege, der Seher

**Franz Krause**  
vor zwei Jahren in einem Lazarett in Russland verstorben ist. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm [417]  
Der Ortsverein Reheim.

**Bei einem Sturmangriff**  
fiel am 28. Mai unser lieber Mitglied, der Maschinenseher

**Karl Trapp**  
aus Fulda. [421]  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Der Bezirksverein Fulda, Ortsverein „Typographia“ Fulda.

**Wieder fanden zwei unsrer**  
Mitglieder, die Seher [422]

**Arnold Fiedler**  
Leutnant in einem Inf.-Reg. aus Chemnitz und  
**Karl Gebhardt**  
aus Hohenstein, auf dem Schlachtfeld bei Heidenau.  
Ein bleibendes Andenken wird ihnen stets bewahren  
Die Mitglieder des Chemnitz.

**Ein neuer schmerzlicher**  
Verlust hat uns betroffen. In Paffau verstarb an den Folgen eines Unglücksfalls der Landsturmmann [420]

**Anton Fechtig**  
Seher aus Bonndorf, und auf dem westlichen Kriegsschlachtfeld erlitt den Heldentod  
**Joseph Ketterer**  
Inferatensetzer.  
Inhaber des Eisernen Kreuzes  
Maschinenmeister aus Freiburg.  
Ihr Andenken wird hochhalten  
Der Bezirksverein Freiburg im Breisgau.

**Am 22. Juni verstarb an**  
Altersschwäche unser lieber Kollege, der Seher [436]

**Bruno Gorella**  
aus Schweidnitz, im 49. Lebensjahre.  
Sein Andenken halten in Ehren  
Die Verbandsmitglieder der Reichsdruckerei, Berlin.

**Am 24. Juni verschied nach**  
langem und schwerem Leiden unser werter Mitglied, der Seher

**Hans Saage**  
aus Bückeburg, 41 Jahre alt.  
Wir betrauern den Verlust dieses braven Kollegen aus dem tiefen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Kollegen der Firma Julius Hiltbrandt, Leipzig.



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingehummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 75 — Leipzig, den 2. Juli 1918

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Marginalien zum Druckpreistarif

Der Deutsche Buchdruckpreistarif hat durch einige Änderungen der bisherigen Sätze wie durch erneute Festsetzungen der Teuerungszuschläge mit Gültigkeit vom 1. Juni 1918 an eine wesentliche Erhöhung der Herstellungskosten erfahren. Wir hatten in Nr. 57 bei Veröffentlichung der Bekanntmachung des Tarifamts, die den neuen Festsetzungen tarifliche Kraft gibt, die in zwei Teilen vom Deutschen Buchdruckerverein herausgegebenen „Berichtigungen und Ergänzungen“ und die unter Berücksichtigung dieser Berichtigungen sowie der Teuerungszuschläge ermittelten tabellarischen „Grundpreise“ kurz erwähnt.

Diese „Grundpreise“ fragen folgende, im November 1917 vom Tarifamt in Kraft gesetzten Teuerungszuschläge auf die im Preistarif von 1912 aufgestellten und durch die bemerkten „Berichtigungen“ ergänzten Berechnungssätze:

- 80 Proz. bei Werken und bestehenden Zeitschriften und Zeitungen,
- 90 „ bei neuen Zeitschriften und Zeitungen,
- 100 „ bei Katalogen, Preislisten,
- 120 „ bei Akzidenzen,
- 140 „ bei Qualitätsarbeiten,
- 120 „ bei Aufmachungsarbeiten,
- 250 „ bei Stereotypplatten und Galvanos (Matern 100 Proz.).

Es verlohnt sich, die an Hand von praktischen Erfahrungen festgestellten Zuschläge zu beleuchten und daraufhin, daß diese dem Gewerbe wohl sehr notwendig, aber auch klarzustellen, daß sie nur zum geringen Teil durch die Teuerungszuschläge auf den Lohn bedingt sind. Hier Klarheit für jeden Teil zu schaffen, sei Aufgabe dieser Zeilen: für die Kollegenchaft zur Orientierung und zur Begründung ihrer gerechten Lohnansprüche, für die Druckauftraggeber die Fortführung der vorgefassten Meinung, daß die eingetretene Verteuerung der Druckarbeiten sich nicht rechtfertigt, da die Löhne ja nicht so hoch gestiegen seien und die Erhöhung der Betriebskosten vermeintlich weniger in die Waagschale falle.

Nach dem Preistarif stellen sich die durchschnittlichen Betriebskosten einer Akzidenzlehre auf 88%, Proz., in einem gemittelten Betrieb auf 74 Proz., in einem Werkbetrieb auf 64 Proz. der gezahlten Lohnsumme. Hierauf ist ein 10prozentiger Geschäftsnutzen zu legen.

Nehmen wir als erstes Beispiel eine Gegenüberstellung des Stundenlohns für einfache Akzidenzen. Dieser sogenannte Verkaufspreis betrug vor dem Kriege für Orte mit über 17 1/2 Proz. Lokalzuschlag 1,30 Mk., jetzt 2,85 Mk. (also 1,30 + 120 Proz. Teuerungszuschlag). Der Seherstundenlohn soll bei 1,30 Mk. Verkaufspreis 64 Pf. durchschnittlich betragen (siehe Preistarif S. 22). Es wird gerechnet:

|                                 |              |
|---------------------------------|--------------|
| Seherstundenlohn                | —,64 Mk.     |
| 88 1/2 Proz. für Betriebskosten | —,57 „       |
|                                 | 1,21 Mk.     |
| 10 Proz. Geschäftsnutzen        | —,12 „       |
|                                 | 1,33 Mk.     |
|                                 | rund: 1,30 „ |

Der Lohnsteigerungszuschlag beträgt z. B. in Leipzig bei einem Stundenlohn von 64 Pf. (das wäre etwa 1 Mk. über Minimum; wir müssen uns an diese Preistarifsätze halten) etwa 55 Proz. (der Durchschnittsprozentsatz ist niedriger). Der neue Preis von 2,85 Mk. setzt sich also zusammen aus:

|   |             |
|---|-------------|
| Stundenlohn 64 Pf. + 55 Proz.               | —,99 Mk.    |
| 160 Proz. (statt 88 1/2) für Betriebskosten | rund 1,60 „ |
|   | 2,59 Mk.    |
| 10 Proz. Geschäftsnutzen                    | —,26 „      |
|   | 2,85 Mk.    |

Der Seherlohnzuschlag ist mit nur 55 Proz., der Betriebskostenzuschlag mit 160 Proz. bemessen. Der letztere Prozentsatz muß seine innere Begründung erfahren; dazu mag die folgende Zusammenstellung dienen. Als Unterlage soll wieder der Preistarif benutzt werden, und zwar die Hervorhebung einer Akzidenzlehre aus den sogenannten roten Tabellen der ersten Auflage, die den Grundstock aller Preistarifberechnungen bilden. Diese Akzidenzlehre mit zehn Sehern hat einen Buchwert des Schriftmaterials von 28300 Mk., der Utensilien von 4034 Mk.; an Löhnen werden jährlich 14649 Mk. gezahlt (dieser Betrag gilt als sogenanntes Betriebskapital). Unter Berücksichtigung der Verteuerung des Geldes, der Steigerung der Materialpreise und der Löhne läßt sich folgende Gegenüberstellung aufmachen:

|  | Verfeuerung um | Selbstkosten |       |
|--|----------------|--------------|-------|
|  | Mk.            | Proz.        | Mk.   |
| 5proz. Verzinsung des Buchwertes vom Schriftmaterial | 1415           | 1            | 1698  |
| 5proz. Verzinsung der Utensilien                     | 202            | 1            | 242   |
| 5 „ des Betriebskapitals                             | 732            | 1            | 879   |
| 10proz. Abschreibung                                 |                |              |       |
| a) Schriftmaterial                                   | 2830           | —            | 2830  |
| b) Utensilien  | 403            | —            | 403   |
| Faktorengehalt bzw. Anteil                           | 1000           | 60           | 1600  |
| Austräumen, Magazinverwaltung                        | 400            | 60           | 640   |
| Festtagsbezahlung an die Seher                       | 400            | 55           | 620   |
| Korrekturabziehen und Abschießpapier                 | 300            | 100          | 600   |
| Anteil an Betriebsleistung, Regiegespen              | 2233           | 100          | 4466  |
| Lohnabgabe, anteilig                                 | 1160           | —            | 1160  |
| Reparaturen, Instandhaltung der Räume                | 165            | 150          | 413   |
| Heizung, Beleuchtung, Reinemachen usw.               | 428            | 150          | 1070  |
| Schnüre, Schwämme, Seife, Handtücher                 | 93             | 350          | 418   |
| Ausläufer, anteilig                                  | 260            | 60           | 416   |
| Frachten, Porti, anteilig                            | 307            | 100          | 614   |
| Feuerversicherung                                    | 32             | —            | 32    |
| Krankenk., Invaliden-, Unfallversicherung            | 340            | 50           | 510   |
| Schulgelder, Vereinsbeiträge                         | 217            | 25           | 271   |
|  | 12917          | 46           | 18882 |

Da der Durchschnitt mehrerer solcher Aufstellungen die vorerwähnten 88 1/2 Proz. Selbstkosten begründet, hier eine Steigerung von 46 Proz. vorhanden ist, so würden die jetzigen Selbstkosten rund 135 Proz. betragen. Wegen die vorausgehende Stundenberechnung von 160 Proz. etwa 25 Proz. weniger, was sich mit erhöhten Steuern, Geschäftsausgaben sowie durch einen durch die verteuerte Lebenshaltung nunmehr bedingten größeren Geschäftsnutzen sowie andre in einer Zeit mit so schwankenden Verhältnissen vorhandene, aber nicht recht erfassbare Umstände rechtfertigen läßt.

Für eine preistarifliche Katalogaufkunde ist 2,60 Mk. vorgelegen; daher

|   |          |
|---|----------|
| Stundenlohn 64 Pf. + 55 Proz.                 | 0,99 Mk. |
| 135 Proz. (statt 74 Proz.) für Betriebskosten | 1,37 „   |
|   | 2,36 Mk. |
| 10 Proz. Geschäftsnutzen                      | 0,24 „   |
|   | 2,60 Mk. |

Da die Betriebskosten nach der Tabelle die gleiche Steigerung von 46 Proz. erfahren, also auf 74 + 46 = 120 Proz. sich erhöhen, bleibt hier nur eine Differenz von 18 Proz. zu verzeichnen (138 weniger 120 Proz.).

Als zweites Beispiel sei eine Schnellpresse für Werkdruck gegeben. Größe 65x96 cm, Anschaffungswert mit Motor und Zubehör 8900 Mk. Sie gehört nach dem Preistarif in Klasse 8.

|   | Verfeuerung um | Selbstkosten |                  |
|---|----------------|--------------|------------------|
|   | Mk.            | Proz.        | Mk.              |
| a) Löhne:   |                |              |                  |
| Obermaschinenmeister, Maschinenmeister, Hilfspersonal | 3350           | 55           | 5193             |
| b) Materialien:                                       |                |              |                  |
| Farbe durchschnittlich                                | 416            | —            | 250 1456         |
| Walch-, Schmir-, Fuß- und Strichmaterial              | 208            | —            | 400 1040         |
| Heizung, Beleuchtung                                  | 195            | —            | 150 488          |
| Walzen  | 78             | —            | 897 250 273 3257 |
| c) Lizenzen:  |                |              |                  |
| 5proz. Verzinsung des Anlage- u. Betriebskapitals     | 612            | —            | 1 734            |
| 10proz. Abschreibung                                  | 890            | —            | — 890            |
| Betriebskraft   | 520            | —            | 2022 50 780 2404 |
| d) Allgemeine Unkosten:                               |                |              |                  |
| Anteilige Gehälter für Kontor, Personal und Leitung   | 450            | 60           | 720              |
| Regiekosten, Porti usw., anteilig                     | 684            | 100          | 1368             |
| Anteilige Miete                                       | 359            | —            | 359              |
| Kosten für Reinigung, Instandhaltung, Reparaturen     | 284            | 150          | 710              |
| Versicherungsbeiträge u. a.                           | 240            | 50           | 360              |
| Zusammen  | 8286           | 73 1/2       | 14371            |

Betriebskostenzuschlag für eine Arbeitsstunde (siehe Seite 15 des Preistarifs)

|   |      |   |      |
|---|------|---|------|
| 15 Proz. Geschäftsnutzen                | 0,50 | — | 5,70 |
| 1 Stunde Schwarzdruckpreis              | 3,80 | — | 6,55 |
| Taufendruckpreis, da nur 850 pro Stunde | 4,50 | — | 7,80 |

Wir sind also mit 73 1/2 Proz. dem preistariflichen Aufschlag von 80 Proz. nahegekommen. Die Stundenpreise sind jedoch:

3,80 + 80 Proz. = 5,94 Mk.  
15 Proz. Geschäftsnutzen 0,89

6,83 Mk. (bei 850 Drucken)  
8,10 Mk. (4,50 + 80 Proz.).

An diesem Beispiel ist so recht ersichtlich, wie wenig die Lohnsteigerung die Preiserhöhung verursacht hat. Die ungeheuren Kosten der Materialien und des ungenügenden Erlasses, die genau festzustellen fast unmöglich ist, müssen in der Hauptsache die Druckverteuerung begründen.

Auch im Werk- und Maschinenbau ist dieselbe Erklärung zu suchen. Eine Korrekturmachinaschiffkiste kostete bisher 2 Mk., jetzt wird sie mit 3,60 Mk. berechnet, also 80 Proz. mehr. Der Minimallohn der Maschinenlehre in Orten mit 20 Proz. Lokalzuschlag beträgt mit den jetzigen Teuerungszuschlägen in Klasse C 56,75 Mk., hat also eine Steigerung von 15,50 Mk., das sind 37,6 Proz., erfahren. Die restlichen 42,4 Proz. Erhöhung von 80 Proz. sind lediglich auf Materialien und auf Erlassteile zu legen. Neue Sehmächinen werden wohl jetzt nur wenige gebaut werden; es kommen also erhöhte Abschreibungen noch nicht in Frage. Eine neue Linotype mit zwei Magazinen kostet jetzt mindestens 4000 Mk. mehr; man kann sie nur erhalten, wenn das mehrfache Quantum Rohmetall (das kilo zu ungefähr 4 Mk.) wer weiß woher zu beschaffen ist. Erlassteile werden heute mit 50 Proz. Aufschlag berechnet.

Nach den preistariflichen Teuerungszuschlägen betragen die Verkaufskundenpreise für nach Zeit zu berechnende Arbeiten:

|  | unter 10 Proz.  | Orte mit Lokalzuschlägen 10 bis 17 1/2 Proz. | über 17 1/2 Proz. |
|--|-----------------|--|-------------------|
| a) Akzidenzen (120 Proz. mehr):  |                 |  |                   |
| einfache Arbeiten  | 2,40 Mk.        | 2,65 Mk.                                     | 2,85 Mk.          |
| bessere Arbeiten   | früher 1,10     | 1,20   | 1,30              |
|  | früher 1,30     | 3,10   | 3,30              |
|  | früher 1,30     | 1,40   | 1,50              |
| b) Kataloge, Preislisten (100 Proz. mehr):   |                 |  |                   |
| einfache Arbeiten  | 2,20            | 2,40   | 2,60              |
| bessere Arbeiten   | früher 1,10     | 1,20   | 1,30              |
|  | früher 2,60     | 2,80   | 3,00              |
|  | früher 1,30     | 1,40   | 1,50              |
| Orte mit Lokalzuschlägen   | 10 bis 20 Proz. | 20 bis 20 Proz.                              | über 20 Proz.     |
| c) Werk (80 Proz. mehr):   |                 |  |                   |
| Verfasserkorrekturen   | 1,65 Mk.        | 1,80 Mk.                                     | 2,— Mk.           |
| Maschinenaufkunde  | früher 0,90     | 1,—  | 1,10              |
|  | früher 3,60     | 3,60   | 3,60              |
|  | früher 2,—      | 2,—  | 2,—               |
| d) Zeitschriften und Zeitungen (80 Proz. mehr):  |                 |  |                   |
| Verfasserkorrekturen   | 1,65            | 1,80   | 2,—               |
|  | früher 0,90     | 1,—  | 1,10              |
| (Sagarbeiten im Stundenlohn für Werk und Zeitung sind in gleicher Höhe wie für Kataloge zu berechnen.) |                 |  |                   |
| e) Qualitätsarbeiten (140 Proz. mehr):   |                 |  |                   |
| für Satz mit allgemeinverwendbarem Material  | 3,60 Mk.        |  |                   |
| für Satz mit modernem Material   | früher 1,50     | 4,20   |                   |
|  | früher 1,75     |  |                   |

Für Stereotypen und Galvanos ist eine wesentliche Verteuerung eingetreten. Für die Matern sind 100 Proz. eingestuft. Das mag den Preisen für die zu verwendenden Papiere und für Stereotypmeister wohl entsprechen, die heute noch nicht einmal ohne weiteres erhältlich sind. Immer mehr müssen sich die Druckereien mit Trockenmatern behelfen. Der Quadratmeter kostete heute 2 Mk.; die Mater für eine Zeitungssseite stellt sich auf etwa 35 Pf. Wozu finden wir die Berechnung der Stereotypplatten mit einem Aufschlag von 250 Proz. etwas reichlich. Es ist aber nicht zu verkennen, daß der Preis für Blei von etwa 48 Mk. auf 116 Mk. gestiegen und daß der Verschleiß infolge des Fehlens des Zulegmetalls außerordentlich groß ist. Bei Verteuerung der Platten mag der Preis auch seine Berechtigung haben. Da jedoch meist die Platten vom Drucker wieder eingeschmolzen werden, so ist in Anbetracht des teuren Materials die Rückvergütung von 33 1/2 Proz. doch wohl zu gering, die bei den früheren niedrigen Bleipreisen gerechtfertigt erschien.

Das Auslegen der Matern (Werk) kostet für 1 qcm . . . 0,4 Pf., jetzt 0,8 Pf.  
Das Auslegen der Platte 1 qcm 0,3 „ „ 1,1 „  
zusammen für 1 qcm 0,7 „ „ 1,9 „  
Für Akzidenzen kostet 1 qcm . 0,9 „ „ 2,4 „

Aus diesen wenigen Beispielen ist ohne weiteres ersichtlich, daß die Betriebskosten den weitaus größten Prozentsatz der Verteuerung der Druckarbeiten ausmachen. Dabei ist der alte Buchwert der Maschinen angenommen und die 10prozentige Abschreibung beibehalten, was neue und daher teurere Maschinen aufzustellen gezwungen ist,

hat für Verzinsung und Abschreibung ein erhebliches Mehr einzuflehen. Ergänzungen von Schriften und Einfassungen sind auch heute nicht zu umgehen.

Der Geschäftsmann hat aber noch mit andern Unannehmlichkeiten und Geldkosten zu rechnen, die hier gar nicht erfasst werden können: vergrößerte Lieferungen durch Frachtpreiser, feurere, durch Einkündigungen erhöhte Verpackungsspielen (Verpackungsmaterial kostet heute: Papier 1 kg 1,60—1,75 Mk., Papierschnüre das Kilo 4,50 Mk.). Gewöhnliche Briefumschläge, die früher in besserer Qualität das Tausend 2 Mk. kosteten, müssen jetzt mit 16 Mk. und höher bezahlet werden. Auch die Mehrarbeit ist nicht zu unterschätzen, die durch behördliche Vorschriften (Kriegswirtschaftsstelle u. a.) veranlaßt wird. In Leipzig ist eine Steigerung der wöchentlichen Krankenkassenbeiträge von 1,62 auf 3 Mk. in der ersten Klasse eingetreten, und so wird es ähnlich überall sein. Diesen horrenden Ausgaben gegenüber fällt der Lohnprozentfuß, der sich im Mittel auf etwa 50 Proz. stellt, weniger in die Waagschale, wie überhaupt der Arbeitslohn, namentlich für Sehmachere und Druckmaschinen, im Buchdruckgewerbe eine sekundäre Rolle spielt; heute bei den teuren Papier- und Materialpreisen noch mehr als früher.

Jeder Auftraggeber sollte es wissen, daß auch die preisfaristisches Steuerungsmaßnahme lediglich der Ausgleich verfeuert Druckerherstellung sind und von Kriegsgewinnen nicht die Rede sein kann. Ohne weiteres soll zugegeben werden, daß z. B. durch den 10prozentigen Geschäftsaufschlag auf die Sachkunde sich der Nutzen erhöht (von 12 auf 26 Pf. bei einer Abzinsungssatzung); ein gewiß angenehmer Unternehmensgewinn. Die Tatsache bleibt jedoch bestehen, daß der Lohnsteuerungsmaßnahme nur einen kleinen Teil der Produktionskosten ausmacht, was an unsern Beispielen wohl einwandfrei gezeigt worden ist.

-p.

## Ernährungsfragen der Buchdrucker

Die großen Schwierigkeiten im Ernährungsweisen, die in dieser Nummer an andern Stellen scharfe Beleuchtung finden, wirken, wie es bei uns als Stiefkinder im Verdienen und Ernähren leider unausbleiblich ist, auf das Durchleben der Buchdrucker beeinträchtigend zurück; es zeigt sich seit einiger Zeit Abnahme der Anerkennungen als Schwer- und Schwerarbeiter. Diese Erscheinung ist jedoch nicht allein auf die gegenwärtigen Ernährungsnotwendigkeiten zurückzuführen, die nicht so groß sein würden, wenn wir wirklich so etwas wie den einst als Wortgebilde geschaffenen Ernährungsdiätar haben würden. Es wird nicht das auch nicht lediglich bei den Buchdruckern zeigen. Die gleiche Hand auch bei unterm „Bismarck“, worüber in Nr. 47 eine Zusammenfassung gegeben wurde, eine Verlangsamung oder Unterbrechung nicht außerhalb des Möglichen. Falls also nach den düren Wochen jetzt — ein schwächerer Ausdruck läge nahe — die Mittelungen über behördliche Anerkennungen, daß die Buchdrucker ebenfalls schwere Arbeit zu verrichten und demzufolge Anspruch auf mehr Nahrung haben, wieder zunehmen, so könnte man sich mit dem einseitigen Stillstand abfinden.

Damit soll gesagt sein, daß mit der neuen Ernährungsfrage auch eine neue Offensive auf die Ernährungsstellen zu beginnen hat. Es wird das in besonderen notwendig werden, da es so ziemlich sicher ist, daß es dann zu der neuen „Ernährungsfrage“ der fleischlosen Wochen kommt. Die werden uns schwer treffen, weil Arbeiter mehr auf animalische Kost angewiesen sind.

In diesem Betracht ist sehr beachtenswert, was die Statthalterei eines Kronlandsvereins in Österreich, das bekanntlich noch ungünstiger dasteht in der Volksernährung wie Deutschland, am 24. April d. J. an alle ihr unterstellten Behörden über die Eigenschaften der Buchdrucker als Schwerarbeiter verfügt hat:

Nach den mit der Ministerialverordnung vom 23. August 1911, R.-G.-Bl. Nr. 169, herausgegebenen Verhaltensvorschriften zur Verhütung von Bleivergiftungen in Buchdruckereien (Punkt 3) sollen Arbeiter, die mit Blei, Bleiverbindungen oder Bleilegerungen zu tun haben, kräftige, möglichst fettreiche Nahrung zu sich nehmen. Da Fett und andre kräftige Nährstoffe derzeit nicht erschwänglich sind, kann nur durch Erhöhung der Quantität nachgeholfen werden, um den Arbeitern eine Ernährung zu bieten, welche sie gegen Erkrankungen entsprechend widerstandsfähig macht.

Es ergibt daher die Weisung, künftighin allen Arbeiterkategorien des Buchdruckgewerbes, welche berufsmäßig mit Blei und dessen Verbindungen zu tun haben, im Sinne des § 20 der Ministerialverordnung vom 16. Januar 1918, R.-G.-Bl. Nr. 16, die Eigenschaft als körperlich schwer arbeitende Personen zuzuerkennen.

In Österreich spielt die Weisung amlich eine größere Rolle als bei uns. Durch die „Bleiverordnung“ von 1911 ist es auch unmöglich gemacht, weibliche Personen an Gehilfenplätze zu stellen. Bei uns in Deutschland ist mit dem „Rüstungsarbeiter“ eine militärische — nicht tatsächliche — Umwertung aller Begriffe eingetreten, so daß nach dem Berufes noch, die an offenem Feuer arbeiten, so ziemlich alle andern Arbeiter in der Luft hängen. Es wäre

wohl angebracht, mit den Argumentationen dieser Statthalterei bei webergekehrter „Konjunktur“ für die Buchdrucker den Begriff „Bleiarbeiter“ zu stärkerer Bewertung zu bringen. Die über das Maß der allgemeinen Verschlechterung hinausgehenden gesundheitlichen Verhältnisse der Buchdrucker sind in Nr. 60 d. J. sowie in den Nrn. 120 und 136 v. J. übersichtlich dargestellt. In einiger Zeit werden wir Ergänzungen vornehmen, zu welchem Zwecke Buchdrucker bzw. graphische Krankenkassen, die gutes statistisches Material besitzen, gebeten werden, uns durch Überendung desselben dabei zu unterstützen. Es sei betont, daß die Verwendung derartiger Feststellungen bei Eingaben an die Ernährungsbehörden schon auf Dienste geleistet hat.

Vereinigt ist uns über den Entzug von Ernährungszulagen berührt worden. Die bei den Kommunalverbänden jetzt bestehenden Ausschüsse von Arbeitgeber und Arbeitnehmern zur Regelung des Ernährungswezens zeigen hinsichtlich der Arbeitervertretung vielfach zu einseitige Befolgung. Verbesserung ist, soweit sich eine Möglichkeit bietet, hier anzuführen. Vielleicht kann so auch erreicht werden, daß die Buchdrucker der auf sie gar nicht zutreffenden Eigenschaft als Minderarbeitskräfte bzw. Leichtarbeiter entkleidet werden, die allerdings vom Kriegs-ernährungsamt in Berlin herrührt. Diese Ausschüsse entscheiden auch über solche Entziehungen. Die Protokolle sollen jedoch nicht geführt werden. Es ist aber schon vorgekommen, daß die Schwerarbeiterprotokolle in solche für Schwerarbeiter zurückverwandelt worden sind. Hiergegen besteht ein Beschwerderecht bei der Kommunalaufsichtsbehörde, als welche die Regierungspräsidenten, Kreis- hauptmannschaften, Kreisdirektionen usw. gelten. Man wird diesen Weg auch in Fällen anderer Entziehungen beschreiben können. Auf die Erhaltung der Zulagen für Nachtarbeiter ist ein besonderes Augenmerk zu richten.

Empfehlenswert ist der vom bayerischen Gauvorstande bereits Ende Dezember v. J. gemachte Versuch einer statistischen Erfassung der Ernährungszulagen. Gerade, weil der Verbandsvorstand mit seinen Bemühungen auf allgemeine Besserstellung der Buchdrucker bei der Zentralleitung in Berlin nichts auszurichten vermocht hat, kann mit Beistand und Nachhilfe in regionalem Umfang doch noch etwas erzielt werden. Es ist zu wünschen, daß die Gauvorstände den „nachgeordneten Stellen“ dabei an die Hand gehen. Wir drucken das bayerische Statistikformular hier ab:

Mitgliedchaft: .....

Jede Person erhält jetzt wöchentlich ohne Zulagen zugewiesen:

an Brot ..... Pfd., Kartoffeln ..... Pfd.,  
Fleisch und Wurst ..... Gramm.

Sind die Buchdrucker im allgemeinen als Schwerarbeiter anerkannt:

Ja — Nein!

Wer ist im besonders als Schwerarbeiter anerkannt: Handseher, Maschinenseher, Maschinenmeister, Korrektor, Stereotypen.

(Nichtzutreffendes ist auszustreichen.)

Welche Zulagen und in welchem Maße werden wöchentlich gewährt:

an Brot ..... Pfd., Kartoffeln ..... Pfd.,  
Fleisch und Wurst ..... Gramm.

Kommen noch andre Zulagen in Frage:

Bemerkungen:

Es mühte vor der Schlussfrage „Bemerkungen“ noch die nach den Schwerarbeitern in entsprechender Weise gestellt werden. Im Augenblick ist die Ausnahme einer solchen Statistik freilich nicht ratsam. Die mageren Wochen müssen erst vorüber und überhaupt der sozusagen normale Zustand wieder eingetreten sein. Daß über derartige Maßnahmen dann auch etwas im „Korr.“ verlauten mühte, versteht sich wohl am Rande.

Wozu aber jetzt die Zeit kommt, das sind die Einkäufe von Nahrungsmitteln von Geschäfts wegen. Die streng rationierten bleiben ja außer Betracht, denn zum Schleichhandel im größeren anzugehen, ist nicht der Zweck dieser Ausführungen. Im kleinen muß geschlechtshandelt werden, wenn man leben will, und arbeiten soll. Im großen befragen es die großen Werke trotz aller Vorschriften und Strafandrohungen weiter. Das armste Buchdruckgewerbe kann da nicht mit. Für den Mittelweg, den wir im Auge haben, ergeben sich gewiß große Schwierigkeiten, denn die städtischen Einkäufer bilden schon ein engmaschiges Netz. Indes muß mit Gemüse, Obst, Kartoffeln und wenn irgend möglich mit Fisch alles versucht werden seitens der größeren Drucker. Im vorjährigen Oktober wurden von Prinzipalsseite bei den Tarifauschussverhandlungen hierfür entgegenkommende Zulagerungen gegeben, auch Vorstöße in Aussicht gestellt. Die Tat ist jetzt noch viel größer und die Notwendigkeit, auf diesem Wege einigermaßen Abhilfe zu schaffen, daher dringlicher. Man scheue also weder Kosten noch Mühe, denn die Gesellschaft ist am Ende ihrer physischen Leistungsfähigkeit

angelangt! Beim Einkauf und bei der Verteilung ist man die Arbeiterausschüsse mitwirken; es kann so auch verbüht werden, wie ein Fall in einer Hamburger Großfirma sich vorjährig ereignete, daß ein als vertrauenswürdig angesehener Geschäftsangehöriger deshalb alle selbständig handeln konnte, dabei aber dem Geschäft wie dem Personal gegenüber zünftige Mogeleten beging. Man erwarten, daß man es bei diesen Einkäufen hält mit dem Sprichwort, das besagt, Probieren geht über Studieren.

In verschiedenen Orten haben die Prinzipale auch Verbindungen mit Lebensmittelversorgungsgesellschaften angeknüpft, versuchen also das vorstehende Besondere auf etwas andern Wege. Genauer sind wir darüber nur aus Leipzig unterrichtet. Der örtliche Prinzipalsverband kann gegenwärtig häufiger als vordem Angebots machen. Allgemein fallen aber die hohen Preise auf, es ist oder soll immer Auslandsware sein, die von der betreffenden Gesellschaft bzw. dem städtischen Kriegsernährungsamt vermittelt wird. Trotzdem kann man es aber nicht verstehen, daß die von derselben Hand kommenden Waren in manchen Gewerben billiger abgegeben werden. Bei der vormaligen Lieferung von sogenannten Ankleiden mußten die Buchdrucker 39 Pf. für das Stück bezahlen, zur gleichen Zeit aber brauchten andre Arbeiterkategorien in Leipzig dafür nur 35 und 38 Pf. anzulegen. Die weniger verdienenden Buchdrucker haben also diese Kleider bezahlen müssen. Ende Juni sind wieder Ankleider geliefert. Diesmal gar zu 49 Pf. das Stück; das ist für beschädigte Ware, auch wenn sie vom Auslande kommt, ein sehr hoher Preis. Wenn jetzt, wie es heißt, ein Preis von 47 Pf. genannt wird, wofür sie anderswo zu haben sein sollen, so wird es schwer, sich diese Fortschlechte Wertung zu erklären. In Leipziger Buchdruckerkreisen wird schon viel darüber gesprochen. Es wäre gut, wenn die Leipziger Prinzipalsleitung an zuständiger Stelle einmal diese Unterschiede bei gleichzeitiger Lieferung zur Sprache bringt. Von den niedrigeren Preisen, die in Rüstungsbetrieben für Sonderlieferungen gezahlt werden müssen, ganz abgesehen; ergab sich doch im April d. J. einmal ein Unterschied von 14 Pf. pro Pfund. Der Leipziger Prinzipalsverband wird durch diese Warenvermittlung klar zum Bewußtsein gekommen sein, daß die Buchdruckergehilfen unmöglich mit ihrem Verdienste solche Preise erschwingen können! Wie die dennoch nicht geringen Bestellungen zustande kommen, darüber hat die vorjährige Speidgeschichte erbauliche Dinge erleben lassen. Die Buchdrucker waren da wohl die Besteller, die Abnehmer aber meistens zahlungsfähigere Leute. Man versuche also, die gutgemeinte Hilfe unsern Lesern leichter zu machen, erst dann kann sie ihren Zweck erfüllen.

Die Mitwirkung der Prinzipale, den Gehilfen in den Ernährungsschwierigkeiten beizuhelfen, soll aber im Falle Leipzig wie bei den schon in nennenswerter Anzahl zu verzeichnenden anderweitigen Beispielen gern anerkannt werden. Wir sprechen die Bitte aus, hierin mehr noch zu tun, und soweit es möglich, auch öffentlich, durch die Presse, dafür einzutreten, daß die Arbeiterchaft eine bessere Ernährung dringend notwendig ist, damit ihre Leistungsfähigkeit nicht noch mehr zurückgeht.

## Ernährungswirtschaft

Die öffentliche Bewirtschaftung im Kreisfeuer von Erzeuger und Verbraucher.

Die Ereignisse überkürzen sich, und es war bei der durch die Würzburger Generalversammlung noch geklärten Raumnot nicht möglich, von all den Widerwärtigkeiten, Not und Elend Notiz zu nehmen, die das „System der halben Maßnahmen“ von Erzeuger und Schleichhändler Gnaden über uns brachte. Beschwichtigungsreden nach August Müller wurden reichlich gehalten, aber keine Abhilfe schaffende Taten vollbracht; mit der tabuscheinigen Begründung, daß eine restlose Erfassung und Verteilung auch der Anbauzwang, durch die „schwierigen“ Umstände nicht möglich sein könnten. Die Verordnungsmaßnahme abgeteilt mit Hochdruck, ohne auf die Durchführung etwas mehr zu drücken. Und das Gegenüberstande statt Miteinanderarbeiten der verschiedenen Stellen und Behörden mußten die kleinen Verbraucher an Magen und Geldbeutel noch vermehrt zu kosten bekommen.

Was aber ganz besonders die Gemüter in Aufregung versetzte, das waren die neuerlichen ungebührlichen Forderungen der Großgratier auf weitgehende Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung und Erhöhung der Preise. Und das in einer Zeit, wo sich die Ernährungsnot bedenklich verschärfte hat, und andre Staaten oben oder mit beschränkter Schwarmwirtschaft abschreckende Beispiele boten. Schon im vorigen Jahre durch den Januarhauer in Vorklag gebracht, verdichteten sich die alles übersteigenden Forderungen diesmal ungenügend zu direkten Anträgen im Reichstagsausschuß, obwohl sogar einflussreichere Junker vor Überpassung warnten. Nur den Minderbemittelten sollte danach ein Mindestquantum von Brot, Kartoffeln, Fett und Fleisch „garantiert“, alles andre aber gleichfalls zu unerhörten Preisen erstanden werden. Daß hierdurch erst recht der krasseste Egoismus Organisierten würde, getreu der vorstellten Anreiz- und Brückenspolitik, die nur niedrige Instinkte im Menschen wecken kann, liegt auf der Hand. Der kleine Verbraucher würde noch weniger zu beizen haben. Gerade wie in Österreich



das wir als Agrarstaat, infolge allzu großer Schlamperei in der Ernährungswirtschaft, auch noch reichlich aus unfern knappen Beständen unterfüttern müssen, wo bei uns selbst größte Not herrscht, und wir erst jetzt wieder in Brot und Kartoffeln — zum großen Teil auch beim Fleisch — Einschränkungen über uns ergehen lassen müssen. Und doch prüfen die Pflichten und ihr Anhang in ihren Klättern die „guten“ Erfahrungen in Österreich-Ungarn und lobten das „belletrische System“. Natürlich unter Verschönerung der traurigen Lage der kleinen Verbraucher. Es war ein mächtiger Apparat in Bewegung gesetzt, die „Anträge“ durchzudrücken. Durch anbaunderne Preiskampagne, auf Satzungen und in Parlamenten wurde Stimmung gemacht, über in Erkenntnis der bösen Folgen, des dann ganz gewöhnlich eintretenden vollständigen Bankrotts, wurde den Großagrariern zum großen Teil die sonst willige Gefolgschaft verlagert. Auch Batocchi trat warnend auf den Plan.

Etwas zugute mußte den Agrariern aber durch wesentliche Erhöhung der Getreidepreise getan werden, auf daß die Produktion nicht zurückgeht und damit bald wieder für andres, vielleicht durch Erhöhung der Viehpreise, Ausgleich verlangt werden kann. Es ist eine Schraube ohne Ende. Als allbekannt, nicht stichhaltiger Grund wird auch hier wieder Steigerung der Produktionskosten vor das Loch gehalten, wo doch die Gefangenenarbeit bedeutend billiger ist. Wann muß auch der sinkende Geldwert herhalten, um den man sich aber bei der Entlohnung der Arbeiterkraft wenig kümmert. Auch die hohen Preise im Ausland erfahren Ausgleich durch höhere Entlohnung und haben noch besondere Gründe, wie beispielsweise in England durch die sehr hohen Schiffsfrachtkosten. Roggen und Weizen werden also bei uns um 35 auf 305 resp. 325 Mk. (Berlin), Gerste und Hafer um 30 auf 330 resp. 400 Mk. (Reichsdurchschnitt) für die Tonne erhöht. In Prozenten ausgedrückt ist es eine reichsdurchschnittliche Erhöhung gegenüber den letzten Friedensjahren für Roggen um 72, Weizen 41, Gerste 97, Hafer 150 pro Tonne. Eine enorme Verteuerung, die die Lebenshaltung weiter verschlechtert.

Sinnvoll kommt die Prämienwirtschaft. Vor allem die Druckprämie, die bei Roggen, Weizen und Gerste für Juli 120 Mk., August 100 Mk. usw. für die Tonne beträgt und zu Lasten der Reichskasse geht, was von der Allgemeinheit durch Steuer wieder aufgebracht werden muß und dadurch das Brot noch mehr indirekt verteuert. Von den Agrariern wurden allerdings verlangt 60 Mk. Aufschlag und 150 Mk. Frühfruchtprämie. Aber was die feudalen Herrschaften heute nicht bekommen, das verlangen sie schon morgen wieder. Die Haferprämie, die später festgelegt wird, dürfte dafür um so höher ausfallen. Man verstand es ja schon im vorigen und im laufenden Erntejahr erst recht, in „echt patriotischer“ Weise der bedrängten Seeresverwaltung die Prämie auf 600 Mk. für die Tonne hinaufzuschrauben, indem man einfach zu festgesetztem Preise festprämie nicht eher lieferte, als bis dieser Betrag bewilligt war. Solche Machenschaften grenzen an Landesverrat und verdienen auch entsprechende strafrechtliche Bekämpfung. Wie man bereits „hören“ muß, soll der unter den Tisch gefallene Antrag der Durchlöcherung der Zwangswirtschaft von der Tagesordnung nicht verschwinden.

Die Obst- und Gemüseversorgung kann bei der Knappheit ebenfalls nur durch Zwangswirtschaft geregelt werden. Nur ganze Maßnahmen sind notwendig. Es scheint aber, als ob jetzt die Gefelohigkeiten alles bisher Dagewesene übertreffen sollen. Unsere Lage ist ernst und zwingt zur Tat. Das sollte oben endlich eingesehen werden. Werden doch auch in anderer Beziehung Gesetze geschaffen und konsequent durchgeführt. Beerenobst zumal und Frühgemüse werden unbezahlbar hintenherum gehandelt. Man geniert sich auch nicht, ganz offen bedeutend über Höchstpreis zu fordern. Oder die Waren verschwinden ganz, wenn Späne gemacht werden, so daß schon angenommen werden muß, daß diese ins Ausland verschoben werden. Für Kirschen und Erdbeeren werden in allen Großstädten, zumal Berlin, fabelhafte Preise erzielt. Man ist eben froh, überhaupt was zu erhalten und mücht sich deshalb nicht. So gleichmäßiger Verteilung bestimmte Gemüse werden an Bevorratung direkt ausgegeben. Bohns-, Pflanz- und städtische Beante werden von ihren Verwaltungen gut oder sogar reichlich versorgt. Auch die Beantennungsorganisationen staatlicher Behörden u. a. sind besonders bedacht worden. Alles andre aber muß sehen, wo es bleibt. Die Berliner Verteilung, G. m. b. H., begründete das a. B. damit, daß nur für den Handel unangeeignetes Gemüse direkt an Verbraucher gelangt. Leipzig markiert immer noch mit an der Spitze der Städte mit mangelhafter Versorgung. In Magdeburger Gegend haite die Stadt eine größere Kirchenplantage gepachtet, die ihr aber wieder wegen angeblicher Überschreitung der Höchstpreise von der „dienstbestimmten“ Provinzialstelle entzogen und provinziellischen Großhändlern angekauft wurde. Man sieht hier wieder nur die Wirkung und nicht die Ursache bekämpft. Die enorme Steigerung der Kirchenpachtungen, die schon voriges Jahr vereinzelt das Zwanzigfache erreichte und diesmal teilweise fast das Zehnfache wieder gegenüber dem vorigen Jahr ausmacht, ist in erster Linie der Preistreiber, woran diesmal weniger Kommunalbehörden beteiligt sind, da sie die Kirchen meist in eigene Bewirtschaftung nahmen oder den Pächtern Bedingungen, aber auch nur für Ortseingewohnte, auferlegten. Schon die Erzeuger weigerten sich, die Ware zu den festgesetzten Preisen herauszugeben. Das Preis- bis Vierfache wurde verlangt, was sehr deutlich zeigt, wohin wir kommen, wenn der freie Handel unbedrängt schalten und walten könnte, wie es Calwer fortgesetzt verlangt.

Das System der halben Maßnahmen, wie es schon Delbrück nannte, der leider auch in hohen Preisen alles, weil erbtliche, ist der Stuch unser Ernährungswirtschaft.

Die Agrarbegünstigungspolitik ist die Grundursache, und diese muß beseitigt werden, wenn Besserung eintreten soll. Wenn die an Hand der Unbau- und Entleerungserhebung beschlagnahmten Nahrungsmittel nicht vorhanden sind, dann muß strenge Bestrafung erfolgen. Der nur durch mangelhafte Erfassung gepfeifte Schleichhandel würde dann zum größten Teil verschwinden und die rationierter Lebensmittel garantieren. Die ganzen Kräfte könnten dann der Bekämpfung von Schiebereien und Durchschereien gewidmet werden, die durch die Knappheit und die halben Maßnahmen zu einer förmlichen Seuche geworden sind. Von einer genossenschaftlichen Erfassung ist es wieder recht still geworden. Sie wäre aber wohl geeignet gewesen, die Sache besser zu regeln als gegenwärtig; freilich nur, wenn auch Verbraucher hinzugezogen würden.

Die jüngste Entschlebung im Ernährungsausschusse des Reichstags gegen den Schleichhandel sah das Abel immer noch nicht an der Wurzel. Wenn auch nach einer zu erlassenden Bundesratsverordnung u. a. die Regelung der Preise für Nahrungsmittel unter Berücksichtigung der Kaufkraft der breiten Massen des Volkes erfolgen soll, so muß man immer noch die Verantwortung der Erzeuger vermissen. Diese muß gefordert werden. Solange sie fehlt, wird das Grundübel nicht an der Wurzel gelöst. Im übrigen kommt es auch hier auf die Durchführung an, die bisher immer zu wünschen übrig ließ und deren Erfolg zunichte machte. Immerhin muß gesagt werden, daß der Ernährungsausschuss hier einmal eine Initiative gesetzt hat, wie sie von der Regierung und dem Kriegsernährungsausschuss eigentlich zu erwarten ist.

Das agrarische Wucherkapital lacht nun lohnende Unternehmungen bei, die den Kriegsgewinnen gegenüber stehen und umgedreht: die Industriebarone werden nebenbei Großagrarien. Die Sunkerkäfer sind überfüllt mit Gütern zu verkaufen und -gelingen, und die Kaufsummen sind bei der Kriegskonjunktur um das Sechsbiszwanzigfache gestiegen. Das sind glänzende Zeiten, dem die größte Not der übrigen Bevölkerung gegenübersteht — auch ein Erfolg der Walden, Braun und Müller!

Sene Kreise, die ihren Vorteil am Krieg und nur Interesse an seiner langen Dauer haben, verschließen sich in ihrer Profflichkeit jeder Einsicht. Nach ihnen kann die Welt nicht gefürmt werden! Es würde die größte Annerkennung an Gottes Erbden sein und sich bitter rächen. Deshalb fanden die wohlgemeinten Anregungen zu bitternotwendigen strengen Maßnahmen zur Durchföhrung restloser Erfassung und Verteilung von Verbraucherseite keine oder so wenig Beachtung? Nun läßt der Karren gründlich seht. Des Volkes bittere Not ist eine schwere Anklage gegen unsre Ernährungsböhrden und ihr System. Mangel ist zeitweilig auch im großen zu ertragen, nicht aber das Gefühl bzw. die Tatsache, daß die Ungleichheit in der Verteilung der Lebensmittel infolge ihrer unzureichenden Erfassung die Not erst so verschlimmert. Aber es muß eingestanden werden, was noch zu reifen ist, und es muß ein geeigneter Mann gefunden werden, der nur das Gesamtwohl im Auge hat. Der Krieg ist von heute auf morgen noch nicht zu Ende, und nach dem Kriege sind die Ernährungsschwierigkeiten auch noch groß.

Das eine bewirken ja die trostlosen Zustände wie mit Zauberkraft: das Volk wird aufgerrückt, und der Ruck nach links nimmt ungeahnte Dimensionen an! Die Uhr der Rösche, Westarps usw. ist festsicher am Ablaufen. -s.

### □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**H. Bamberg.** In einer fast vollständig beluchten Versammlung am 21. Juni, zu der sich auch die auf Urlaub befindlichen Feldgranen eingeschunden hatten, nahmen die Bamberger Kollegen den Bericht über die Würzburger außerordentliche Generalversammlung entgegen. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden nahm unser bei allen Kollegen so beliebter Gauvorsitzer Seib das Wort. Ganz besonders hob der Referent die noch auf keiner Generalversammlung so klar zutage getretene Einmütigkeit und Geschlossenheit bei fast allen Punkten der Tagesordnung hervor. Der am Schluß geäußerte starke Beifall bekundete, daß auch die Bamberger Kollegen mit den Beschlüssen der Würzburger Tagung voll einverstanden sind. In der Diskussion wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Revision der Steuerzulage Anfang Juli genügend und ohne Staffellung usw. ausfallen möge. Unter Dankesworten überreichte der Vorsitzende sodann dem scheidenden Gauvorsitzer im Namen des Ortsvereins ein kleines Andenken.

**Bauhen.** Am 16. Juni fand in Bischofswerda die Bezirksversammlung der vereinigten Bezirke Bauhen-Birna statt. Vertreten waren die Mitgliedschaften Bauhen, Löbna, Bischofswerda, Reusfeld, Stolpen, Sebnitz und Birna mit insgesamt 45 Kollegen. Vorsitzender Schmiedel begrüßte die Erschienenen, worauf nach Erledigung einiger Bezirksangelegenheiten Gauvorsitzer Seib (Bresden) eingehend über die Würzburger Generalversammlung berichtete. Seine Ausführungen wurden mit reichem Beifall aufgenommen. Einmütig wurde folgende Resolution gefaßt: „Die Bezirksversammlung der vereinigten Bezirke Bauhen-Birna erklärt sich mit den Beschlüssen der Würzburger Generalversammlung einverstanden und dankt ihren Verbandsfunktionären für geleistete mühevollte Arbeit.“

**Berlin.** (Maschinenmeisterverein — Mai- und Juni-Tagung.) In der Mai-Tagung erlöchte der Vorsitzende Virkus die Anwesenden, für vollständige Ablieferung der Fragebogen zu sorgen, um die Statistik zu einer möglichst lückenlosen zu gestalten. An verschiedenen Druckarbeiten, die in der Versammlung

diskutierten, wurde wegen des schlechten Aussehens des Druckes Kritik geübt und das Verhalten der Kollegen, welche sich zu solcher Schundarbeit hergeben und dadurch der Schmutzkonkurrenz Vorschub leisten, einmütig verurteilt. In der Beibringungsfrage forderten die Kollegen neben guter Ausbildung des Beibringers vor allem den Schwerpunkt auf die Beschränkung der Beibringerleistung zu legen, da in vielen Druckereien die Zahl in einem bedenklichen Verhältnis zur Zahl der auszubildenden Kräfte steht. Der Vertrauensmann einer größeren Firma gab bekannt, daß nach dem Streik im Januar vier Vertrauensleute eingesetzt wurden. Um denselben ihre Lage zu erleichtern, veranstalteten die Mitarbeiter eine Sammlung, und es war ihnen möglich, jeder betroffenen Familie 100 Mk. zu übermitteln. Sodann hielt Kollege Kasch einen Vortrag über „Die Papierfabrikation“. An Hand zahlreicher Zeichnungen erklärte er die Gewinnung der Rohstoffe und die Herstellung des Papiers. Zum Schluß noch einige technische Anfragen. — In der gutbesuchten Juni-Tagung gab Kollege Virkus die Resultate der aufgenommenen Statistik bekannt. Als ein trauriges Zeichen der Zeit wurden die Löhne bezeichnet, welche große Firmen zahlen. Dieselben geben lieber die Arbeit aus dem Haus und lassen ihre Maschinen stehen, als daß sie einen Lohn zahlen, wie ihn die heutige Zeit erfordert. Sodann gab der Vorsitzende Virkus einen objektiven Bericht von der Würzburger außerordentlichen Generalversammlung. Mit besonderer Genugthuung erfüllte es die Versammlung, daß die arbeitsreiche Tagung des Buchdruckerparlaments die Abereinstimmung aller Gauen in allen Fragen des gewerblichen Lebens zeigte. Am Schluß seiner Ausführungen gab der Vorsitzende einen Bericht der Würzburger Versammlung, die den Zweck haben sollte, die Zusammenlegung der technischen Mitteilungen der einzelnen Spartenorganisationen mit den „Typographischen Mitteilungen“ zu fördern. Nach längerer lebhafter Diskussion wurde folgende Entschlebung einmütig angenommen: „Der Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister wendet sich ganz entschieden gegen eine Zusammenlegung des „Maschinenmeisters im Buchdruckergewerbe“ mit den „Typographischen Mitteilungen“, da uns letztere niemals unsere technischen Mitteilungen ersetzen können. Einem Hand-in-Hand-Arbeiten mit den Typographischen Gesellschaften werden wir nach wie vor kompatibel gegenüberstehen. Allgemeine Richtlinien kann jedoch nach gründlicher Aussprache erst ein stattfindender Spartenkongress aufstellen.“ In der Berichtszeit haben wir als Opfer des Weltkrieges wieder 14 Kollegen zu beklagen. Aufnahmen hatten wir in den zwei Monaten 44 zu verzeichnen.

**R. St. Berlin.** (Brandenburgischer Maschinenleherverein.) Die zu unrer Versammlung am 16. Juni zahlreich erschienenen Kollegen hatten leider wieder drei Kriegsoffer zu beklagen. Feldpostgrüße waren, wie üblich, in großer Zahl eingelaufen. Unter „Vereinsmitteilungen“ behandelte Kollege Braun zunächst die Zeitungschau. Die zum Übergroßen Teil ernteten und wichtigsten Mitteilungen festsetzte die Aufmerksamkeit der Kollegen in hohem Maße. Alsdann kam Kollege Braun auf die Würzburger Generalversammlung zu sprechen und bemerkte, daß durch die prompte und korrekte Berichterstattung im „Korr.“ wenig zu sagen übrig bleibe. Einige uns direkt berührende Fragen, u. a. das Eindringen der Ersatzkräfte in unsern Beruf, gaben aber noch Stoff genug zu längeren Ausführungen. Am Schluß der Tagesordnung brachte der Vorsitzende noch eine interessante Statistik zur Kenntnis der Kollegen und hat, in den nächsten Wochen recht aufmerksam „Korr.“ sowie die „Mitteilungen“ des Gaus zu studieren. Nächste Versammlung voraussichtlich am 4. August. Vier Neuaufnahmen.

**L. Bielefeld.** (Maschinenleherverein.) In der am 23. Juni in Herford stattgehabten Quartalsversammlung wurde das Andenken eines verstorbenen Mitgliedes geehrt. Nach Erledigung des nur lokalen Charakter habenden Punktes „Vereinsmitteilungen“ erstattete Vorsitzender Löschner Bericht von der Generalversammlung der Rheinisch-Westfälischen Gau-Maschinenlehervereinigung und freilich im Anschluß eine Reihe beruflicher Zeifragen. Aus der Diskussion ging hervor, daß man mit den Würzburger Verbandsvorstandsbeschlüssen einverstanden war. Von der Tarifaushebung wird erwartet, daß dort endlich Steuerzulagen beschlossen werden, die auch uns Buchdruckergebnisse eine Entlastungsmöglichkeit gestatten. Das an den Maschinenlehern bei Festsetzung der drei ersten Steuerzulagen begangene Unrecht müsse wieder aufgemacht werden. Die Verschmelzung der „Technischen Mitteilungen“ mit den „Typographischen Mitteilungen“ müsse reichlich erwogen werden, jedoch wurde den Mitgliedern das Abonnement auf die „Typographischen Mitteilungen“ und der Beitritt zu den Typographischen Gesellschaften warm empfohlen. Der vom Kollegen Böhnenkamp erstattete Kasfenbericht für das erste Quartal 1918 fand Genehmigung. Nachdem noch einige farbliche Fragen erörtert worden waren, wurde beschlossen, an die beim Seere weisenden Mitglieder wieder je ein Liebesgabenpäckchen gelangen zu lassen. Die Geldadressen müssen schnellstens dem Vorsitzenden mitgeteilt werden. — Am Nachmittage nahmen die Versammlungsteilnehmer an dem in Bad Salzaufen begangenen Sohanntische des Herforder Ortsvereins teil. Für die erwiesene Gastfreundschaft sei hierdurch dem Herforder Ortsverein und den Salzaufen Kollegen gedankt.

**Bezirk Duisburg.** Die aufbelebte Bezirksversammlung in Duisburg-Audort am 16. Juni war aus Duisburg von 27, aus Mülheim (Ruhr) 16, aus Ruhrort 13, aus Oberhausen 11 und aus Gladbach 8, im ganzen von 75 Kollegen besucht. Eingangs der Versammlung gedachte der Vorsitzende Panzen unseres verstorbenen unvergesslichen Emil Pöblin sowie der im letzten Viertel-



Jahre dem Weltkrieg zum Opfer gefallenen Kollegen. Nach der Erledigung des geschäftlichen Teils und Entgegennahme des Jahresberichts referierte Kollege F. Schippers (Wiesdorf) in ausführlicher Weise über die Würzburger Tagung unseres Verbandes. Die Ausführungen des Redners erzielten reichen Beifall. Einstimmig gab die Versammlung ihr Einverständnis mit den Beschlüssen unserer Generalversammlung kund.

**Freiberg i. Sa.** Die am 23. Juni abgehaltene Bezirksversammlung erfreute sich eines recht guten Besuchs. Gauverwalter Steinbrück (Dresden) erstattete Bericht über die Generalversammlung. Seine klaren und somit leichtverständlichen Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung. Man ist mit der geleisteten Arbeit in Würzburg voll und ganz zufrieden. Nachstehende, vom hiesigen Vorsitzenden eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme. „Die heute tagende Bezirksversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen auf der Würzburger Generalversammlung einverstanden und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die künftig stattfindenden Tarifauschüßungen eine weitere Besserung unserer Lage herbeiführen werden.“

**I. Hof.** Die Bezirksversammlung am 23. Juni war erfreulicherweise gut besucht. Es hatten sich Kollegen aus den Druckorten Hof, Münchberg, Kirchenlamitz, Kulmbach, Selb und Wunsiedel zusammengelassen. Nachdem der Bezirksvorsitzende Kraßfeld (Hof) die Erklärungen begrüßt hatte, erstattete Gauvorsteher Selb (Münchberg) den Bericht über die Würzburger Generalversammlung. Der Referent verstand es, ein klares Bild von der Tätigkeit und den Beschlüssen der Tagung zu entwerfen. Seine Ausführungen wurden von der Versammlung beifällig aufgenommen. Dem Kollegen Selb wurde noch Dank und Anerkennung für seine erfolgreiche Tätigkeit als Leiter des Gauverbandes ausgesprochen mit dem Wunsch für weitere leistungsfähige Arbeit an der Spitze des Verbandes. Einige Bezirksangelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

**Bezirk Ithoe.** Die am 23. Juni in Ithoe abgehaltene Bezirksversammlung war trotz der schlechten Verkehrsverhältnisse gut besucht, und zwar waren erschienen aus: Blankenhof 3, Elmshorn 10, Glückstadt 3, Ithoe 18, Marne 1, Kellingbullen 1 und Winneberg 3 Kollegen. Die Anwesenden ehrten zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegen Böhm und Dreier sowie der im Kriege Gefallenen. Sodann erstattete unser Gauvorsteher Prüfer (Kiel) einen ausführlichen Bericht über die Generalversammlung in Würzburg, der allgemeinen Beifall fand. In der sich anschließenden Diskussion war allgemein die Ansicht vorherrschend, daß die gegenwärtigen Löhne nicht annähernd den gestiegenen Feuerungsverhältnissen entsprechen, und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Bezirksversammlung des Bezirks Ithoe nimmt mit Genugtuung den Bericht von der Würzburger Generalversammlung entgegen. Von der demnächst stattfindenden Tarifauschüßung erwartet die Versammlung eine ganz wesentliche Erhöhung der Feuerungszulagen unter Anrechnung derselben auf die Stundenlöhne.“

**A. Krefeld.** Die zweite diesjährige Bezirksversammlung fand am 23. Juni in Krefeld statt und war von 90 Kollegen besucht. Das Andenken eines gefallenen Kollegen und zweier gestorbenen Krefelder Kollegen wurde geehrt. Der Jahresbericht für das erste Vierteljahr wurde genehmigt. Ein Kollege wurde wegen Restierens ausgeschlossen. Aus Kempten wurde berichtet — man sollte es nicht für möglich halten! —, daß dort eine gut mit amtlichen Ausfragen beschaffte Firma nicht die tarifliche Feuerungszulage bezahlt und doch noch einen Gehilfen (Bünder) dauernd halten kann. Der Firma soll energisch zu Leibe gerückt werden. Alsdann gab unser Gauvorsteher Albrecht (Köln) einen großartigen, mit allseitigem Beifall aufgenommenen Bericht über die Würzburger Tagung. Ohne Ausprache nahm die Versammlung folgende Entscheidung einstimmig an: „Die heutige Bezirksversammlung in Krefeld, die von Buchdruckergehilfen aus den Druckorten M. Gladbach, Rheinb., Werlen, Mörs, Homburg, Rheinberg, Kempten, Dülken, Werdingen und Krefeld zahlreich besucht ist, erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung des B. d. B. in Würzburg nach dem Berichte des Gauvorstehers E. Albrecht (Köln) einverstanden. Sie erwartet eine baldige angemessene Erhöhung der bisherigen Feuerungszulage, um der drückenden Notlage der Gehilfenchaft zu fernern.“

**Randsberg a. d. W.** Da die für den 16. Juni in Frankfurt a. d. O. anberaumte Vertrauensmänneritzung wegen Erkrankung des Referenten Duchateau (Stettin) wieder abgesetzt wurde, ein weiteres Hinausschieben zur Besprechung der Ergebnisse der Würzburger Generalversammlung aber nicht tunlich erschien, hatte der Vorsitzende unseres Ortsvereins, L. Lange, es übernommen, in der Sitzung am 22. Juni einen Vortrag über die Würzburger Tagung zu erstatten, soweit die Berichterstattung im „Korr.“ eine Handhabe dazu bot. Referent wie Diskussionsredner hätten in einzelnen Anträgen zum Statut etwas mehr Entgegenkommen erwartet, wie auch die Theorie der Altersrücklicht bei der Wahl des ersten Verbandsvorstandes Verwunderung erregte. Eine Revision des Statuts oder aber eine Erhöhung der Feuerungszulagen wurden als unbedingt erforderlich bezeichnet, auch Genugtuung über die beantragte tarifliche Regelung der Lehrlingsverhältnisse geäußert. Die eventuelle Aufhebung des Organisationsvertrags wurde nicht weiter bedauert. Unter „Verstärkendem“ erkannte der Vorsitzende noch an das zwangsläufige Bestehen unseres Ortsvereins im kommenden Monat.

**AL. Weipatz.** (Machinenmeisterverein.) Um die Schwierigkeiten des Raums- und Papiermangels unseres „Korr.“ nicht noch zu vergrößern, wurde von einem ausführlichen Berichte der am 23. März und 26. April statt-

gehabten Versammlungen mit dem zeitgemäßen Tagesordnungspunkte „Die Aufgaben der Sparte bei Übergang zur Friedenswirtschaft“ abgesehen. Heute sei kurz mitgeteilt, daß diese Ausführungen, die sich auf ebenförmig vom Kollegen Braun (Berlin) in Berliner Kreisen gehaltenen Vorträgen und hier am Orte vom Vorsitzenden einer kritischen Betrachtung unterzogen wurden, von der Versammlung in manchen Punkten direkt abgelehnt, im allgemeinen aber als verständig aufgestellt bezeichnet wurden. — In der letzten Mitgliederversammlung am 20. Juni konnte der Vorsitzende über einen (wieder zurückgegangenen) gegenwärtigen Mitgliederstand von 560 Kollegen und das beobachtete Zu- und Abgehen berichten. Des weitern wurde der Inhalt eines Briefwechsels zwischen Vorstand und einer Farbenfabrik (betreffend Verwendbarkeit und Qualität der von dieser Firma gelieferten Farbe) bekanntgegeben mit der Aufforderung, Wünsche und Anregungen zur Weiterleitung einzureichen. Vom Inhalt einer Zeitschrift aus dem Felde wurde Kenntnis gegeben und die darin zum Ausdruck gebrachte Anschauung, daß die von den Zurückgebliebenen getroffenen kollektiven Veranstaltungen wenig Platz für die Leiden der Hinausgezogenen erkennen ließen, als unzutreffend und die Lage im allgemeinen verkennend bezeichnet. Den Schluß des Vorstandesberichtes bildeten einige Mitteilungen von der Würzburger Generalversammlung, soweit sich die Sparten besonders dafür interessieren können. Ein im weiteren Verlaufe des Abends gegebener Vortrag des Kollegen Graf über „Farbe, Wolzen und Papier der Sechsteil“ wie auch die anschließende Diskussion darüber zeitigten wertvolle Anregungen. Ein kurzer Hinweis des Vorsitzenden über die Verwendbarkeit der Kriegsdrucktücher (Messfuch) schloß die den Verhältnissen entsprechend gut besuchte Versammlung.

**Reiße.** Die am 23. Juni in Reiße abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen. Nach ehrendem Gedenken eines verstorbenen Kollegen erstattete Kollege Fiedler (Breslau) Bericht über die Generalversammlung in Würzburg. Mit deren Beschlüssen waren alle Anwesenden einverstanden. Es fand einstimmige Annahme folgender Resolution statt: „Die am 23. Juni in Reiße geführte Bezirksversammlung nimmt den Bericht ihres Gauvorstehers über die in Würzburg abgehaltene Generalversammlung des Verbandes entgegen und bekennt sich in allen Teilen mit den Beschlüssen einverstanden, und hält die Versammlung eine schnelle und ausreichende Erhöhung der Feuerungszulagen für unbedingt erforderlich.“

**Neustadt a. d. Sdt.** Vor einer den Verhältnissen entsprechend gut besuchten Versammlung erstattete am 23. Juni Kollege Fuhs (Mannheim) in sehr ausführlicher Weise Bericht über die Generalversammlung in Würzburg. Die Versammlung nahm den Bericht mit großem Interesse entgegen und erklärte sich mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden. Die Aufnahme zweier Kollegen und einige interne Sachen beschloß die Versammlung.

**R. Oldenburg.** Unser Ortsvereinsversammlung am 23. Juni, an der auch Kollegen aus Brake, Kloppeburg, Delmenhorst, Barel und Besta teilnahmen, ehrte zunächst das Andenken von zwei gefallenen Kollegen. 36 Opfer hat der Weltkrieg bis jetzt aus dem Kollegenkreis unseres Bezirks gefordert. Aufgenommen wurden fünf Neuausgelernte, von denen drei schon zum Meer eingezogen worden sind. Den Bericht von der Generalversammlung des Verbandes in Würzburg erstattete Gauverwalter Ruchhorn (Bremen). Redner gab in allgemeinen Umrissen ein klares Bild von den Verhandlungen, besonders den nicht öffentlichen, die gefaßten Beschlüsse erläuterte. In der Diskussion erklärte man sich mit den Beschlüssen einverstanden, wenn man auch eine sofortige Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung gewünscht hätte. Besondere Zustimmung fand der Beschluß zum Organisationsvertrage. Der Vorsitzende stellte noch mit, daß in diesem Jahre 50 Jahre seit der Verschmelzung des Gauverbandes Oldenburg mit dem Gau Bremen und der Gründung des Bezirksvereins Oldenburg verfallen sind. Leider sind durch das Fehlen jeglicher Schriftstücke nähere Angaben über die Gründung und Entwicklung bis zum Jahre 1890 nicht vorhanden.

**S.-g. Mauen i. B.** Unsere Bezirksversammlung am 23. Juni war von 69 Kollegen aus Plauen, Olmsitz, Reichenbach, Paula, Treuen, Greiz und Muerbach besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende ehrend der Kollegen, die seit der letzten Bezirksversammlung den Tod im Kriege fanden und derer, die dabei starben. Dann wies er noch auf den Sonntagstag hin, an dem sonst die Buchdrucker fröhliche Feste feiern, seit mehreren Jahren ihn aber in diffuser Sorge übergeben müssen — für nächstes Jahr hoffe er auf eine Friedens-Sonnstagsfeier. Wieder konnte ein bewährtes Mitglied anlässlich 25jähriger Verbandzugehörigkeit beglückwünscht und geehrt werden: Kollege M. Rudowski, der viele Jahre als Reichsausschreiber und Vorsitzender gewirkt und seit Kriegsausbruch die Kassengeschäfte führt. Gauverwalter Dähnel (Chemnitz) übermittelte Glückwunsch und Dank des Gauvorstandes. Nun erstattete Kollege Dähnel Bericht über die außerordentliche Generalversammlung in Würzburg. In seiner klaren, verständlichen Weise vermochte er es, die Kollegen mit den Vorgängen auf dieser Generalversammlung wohl vertraut zu machen. Reicher Beifall wurde ihm spendend. In der anschließenden kurzen Ausprache kam im allgemeinen das Einverständnis mit den Würzburger Beschlüssen zur Geltung; die vorgenommene Abstimmung ergab dies sogar einstimmig. Der bisherige Bezirksvorstand wurde durch Zuzug wiedergewählt und Plauen wieder als Ort für die nächste Bezirksversammlung bestimmt.

**Posen.** Recht zahlreich waren die Kollegen aus Ort und Bezirk zu der am 23. Juni abgehaltenen außer-

ordentlichen Bezirksversammlung erschienen. Der Vorsitzende gedachte mit warmen Worten der 19 Kriegsoffer, die wir seit der letzten Bezirksversammlung zu beklagen haben. Dann erfolgte die Erörung von drei verdienten Kollegen unseres Bezirks für 25jährige Verbandsmittelschaff; es sind die Kollegen E. Gubitz, E. Werner und unser langjähriger Gauvorsteher und Reichsausschreiber F. Wagner. Der Vorsitzende gedachte in einer Anrede der Verdienste dieser Kollegen. Dasselbe geschah von einem Vertreter des Gauvorstandes. Nach einer Pause erstattete Gauvorsteher Wagner Bericht über die Generalversammlung in Würzburg. Er entrollte in interessanten Ausführungen ein Bild von der dort geleisteten Arbeit und besprach, daß der Kernpunkt der Verhandlungen die Lohn- und Magenfrage gebildet habe. Eine Ausprache fand nicht statt. Folgende Entschlüsse wurden angenommen: „Die in Posen am 23. Juni abgehaltene, gutbesuchte außerordentliche Bezirksversammlung nimmt den Bericht ihres Gauvorstehers über die Generalversammlung entgegen und erklärt sich mit den Beschlüssen derselben einverstanden. Insbesondere hält die Versammlung eine schnelle und namhafte Erhöhung der Feuerungszulagen für unbedingt notwendig.“ Aus den Berichten, die einige Kollegen aus dem Bezirke gaben, ging hervor, daß die Auszahlung der Feuerungszulagen an manchen Orten mit Schwierigkeiten und Reibungen verbunden war. Besonderer Dank lie auch an dieser Stelle dem Wirte des Versammlungslokals, Herrn Deimert, einem ehemaligen Jünger der schwarzen Armee, abgefattet. D. hat durch eine geschmackvolle Ausstattung des Saales auf seine Kosten sowie durch eine namhafte Geldspende an die drei Subulare sehr zur Verherrlichung der Feier beigetragen. Außerdem hatte er 300 Mk. zur Verteilung an die Frauen der selbigen Kollegen bzw. Witwen an den Vorstand überwiesen.

**Stendal.** In der am 16. Juni hier selbst stattgehabten Bezirksversammlung gab der Vorsitzende Suckel zunächst einen Rückblick und gedachte ehrend der verstorbenen Kollegen. Hierauf erhielt Kollege Herwig (Magdeburg) das Wort zur Berichterstattung über die Generalversammlung in Würzburg. Seine klaren und eindrucksvollen Ausführungen erzielten den Beifall der gutbesuchten Versammlung. Nach kurzer Ausprache wurde eine Resolution angenommen, in der unsern Vertretern der Dank für die in Würzburg geleistete Arbeit ausgesprochen wurde. Unter „Bezirksangelegenheiten“ gab der Vorsitzende Richtlinien über die Wiederaufnahme der Altstation sowie den Ausbau des Bezirkes, was zu einer interessanten Ausprache führte. Hierauf erstatteten die Kollegen Laue (Gardelagen) und Gade (Salzwedel) Bericht über die dortigen Verhältnisse, woraus hervorging, daß besonders in Salzwedel noch viel zu tun übrig bleibt, um dem Tarif und der Organisationsfrage Eingang zu verschaffen; besonders wurden die Firmen Hoffmann und Vogt als Schmerzenskinder hervorgehoben.

**Hze. Weisheim.** Am 23. Juni tagte hier eine Bezirksversammlung, zu der sich die Kollegen aus Diefen, Randsberg, Pempberg, Schongau, Starnberg und Weisheim eingefunden hatten, um den Bericht unseres Gauvorstehers Friedrichs (München) über die Generalversammlung in Würzburg entgegenzunehmen. In längeren Ausführungen entwarf der Redner ein Bild über die dort gepflogenen Verhandlungen. Der ihm zum Schluß spendende Beifall bewies, daß die Versammlung mit der Arbeit unseres Verbandesparlamentes einverstanden war. Zum Gauwart wurde Kollege Borloch (Diefen) delegiert, Stellvertreter ist Kollege Storf (Weisheim). Einige tarifliche Fragen wurden kurz besprochen.

## Briefkasten.

**K. S. in G.** Ja, so hört sich die Sache plausibler an; werden mit B. einverstanden sein. — **A. M. in G.** Sie finden in dieser Nummer unter „Ernährungswirtschaft“ was über die neue Berechnungsmethode zu sagen ist, die bei direkter Verhungerung der Masse führen würde. Zurbrig, daß auch ein Galter gut dafür zum Baumorträge macht, eigentlich noch weiter will, indem nach ihm die zwangsläufige Kriegswirtschaft überhaupt zum Teufel fahren soll. — **S. und A. in D.** Da Bericht insolge angeführten Umfandes doppelt eingegangen, entließen wir uns für die „Rangfolge“ der Einsender. — **M. C. in Sg.** Am 28. 6. eingetroffen. Danken für viele Bemühungen; werden noch eine kleine Weile warten. — **A. C. in G.** Für den Gang der Angelegenheiten sind in „Korr.“ seit mindestens einundzwanzig Jahren keine Erwähnung mehr. — **A. in G.** Es ist nicht die erste Nachricht, daß deutsche Arbeiter nur im Grunde selten noch in internationalen Handelsartikeln. — **D. M. in Sg.** Bericht jederzeit angenehm, aber Diensttags, Donnerstags und Sonntags sind bis zu den Nachmittagsstunden auch die angemessenen Willen nicht zu gebrauchen. — **P. C. in M.** Sie müssen unbedingt mehr Rücksicht auf die Raumverhältnisse nehmen. — **S. A. in W.** Wie die Lohnverhältnisse dort im allgemeinen sind, d. h. wie weit sie sich vom Minimum entfernen oder nicht, wissen wir nicht, können es auch nicht wissen. Daß jetzt ein flüchtiger Vorstoß unternommen wird, allgemein ein gutes Bild vorwärts zu kommen, ist Ihnen doch aus dem „Korr.“ bekannt. — **M. A. in G.** am 2. 6. 1916, 4.05 Uhr. — **D. B. in Weisheim** 2.85 Uhr. — **D. M. in Hannover** 3.45 Uhr.

## Adressenveränderungen.

**Hof.** Vorsitzender: Oswald Kraßfeld, Schillerstraße 23.

**Zur Aufnahme gemeldet**  
(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):  
Gm. Gau in der Saele 1. der Schwabensberger Adolf Sch arl, am 2. Juni 1888, ausged. dal. 1903; 2. der Gehlert Fritz Wächterhoff, geb. in Hannover 1883, ausged. dal. 1902; waren schon Mitglieder. — Hugo König in Halle a. d. S., Al. Klausstraße 7.  
Im Gau Schleswig-Holstein der Seher Karl Schmidt, geb. in Zetelrow (Medel.) 1898, ausged. dal. 1916; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

## Versammlungskalender.

Berlin. Korrespondenzversammlung Sonntag, den 7. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im „Orphisch-Bereinshaus“, Alexanderstraße 44.  
Dresden. Maschinenmeisterverein Sonntag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im „Vollshaus“.